

ALLIGATOR



Rundbrief der GRÜNEN LIGA e.V.

02/ 12 • 23. Jahrgang

03/ 12

Entwicklungshilfe in Indonesien.....	2
ALLIGATOR-Intro.....	2
Frauenförderung auf Madagaskar.....	6
Waldschlösschenbrücke.....	9
Workshop Umgebungslärmrichtlinie.....	9
Interview mit Michael Krieger.....	10
Mitgliederversammlung.....	12
Kohlekraftwerke.....	13
Fahrrad-Monitor 2011.....	14
BKSt. Verkehr u. Siedlungsentwicklung.....	15
Fachtagung Mahdgut.....	15
Bahn für Alle.....	16
Buchtipps.....	18
Dies & Das.....	19
Adressen.....	20



Hati-hati!

Kritischer Erfahrungsbericht
aus vier Jahren staatlicher
Entwicklungshilfe

Titel: aufgenommen
von Michael Kreuzberg

Dr. Michael Kreuzberg ist einer der 36 Unterzeichner des Gründungsauftrages für die GRÜNE LIGA (1989). Er ist Mitglied des Bundesverbandes der GRÜNEN LIGA.

„Hati“ ist das indonesische Wort für die Leber, nach dortigem traditionellen Glauben der Sitz dessen, was bei uns dem Herzen zugeschrieben wird – also Zentrum des Lebens, der Gefühle. Im übertragenen Sinne ist damit daher auch das Herz gemeint, und da bei Gefahr das Leben bedroht wird, heißt „Hati-Hati!“ übersetzt soviel wie „Achtung, Vorsicht, paß auf!“ Und weil ich nun nach meiner Erfahrung die staatliche Entwicklungshilfe oder Entwicklungszusammenarbeit (im Folgenden EZ) viel kritischer als vorher betrachte, habe ich diesen Titel gewählt. So sieht man zum Beispiel an Straßenbaustellen in Indonesien oft ein Schild mit der Aufschrift „Hati-hati! Ada proyek!“, frei übersetzt „Vorsicht Baustelle!“, wörtlich: „Vorsicht, da ist ein Projekt!“ Warum man besonders staatlichen EZ-Projekten kritischer gegenüber treten sollte, möchte ich im Folgenden darstellen. Dabei ist zu beachten, daß diese Erfahrungen gemacht wurden, bevor 2011 die Neuordnung der staatlichen deutschen EZ vollzogen wurde. Ob heute die gleichen Strukturen und Aufgabenverteilungen weiterbestehen, die ich später als ungünstig einschätzen werde, kann ich nicht sagen, es dürfte sich aber nicht allzuviel geändert haben, und manches wurde noch vor der Neustrukturierung schlechter (siehe unter Schlußfolgerungen).

EZ ist keine Not- oder Katastrophenhilfe, wobei der Begriff „Entwicklungshilfe“ für mich problematisch ist, zum einen klingt es so, als ob ein Kind Hil-

fe von Erwachsenen braucht, zum anderen entwickeln wir uns doch auch, und zwar nicht immer in positive Richtungen. Problematisch kann das Aufeinandertreffen verschiedener politischer Strukturen, Wertevorstellungen, Traditionen sowie sozio-kultureller Normen werden, zum Beispiel Stammeskultur versus westliches Demokratiemodell.

Einleitend kurz etwas zur Struktur der deutschen EZ unter dem Dach des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), verantwortlich Minister Dirk Niebel (FDP), der dies vor seinem Amtsantritt am liebsten abschaffen wollte. Die deutsche EZ war bis 2010, also in dem Zeitraum meiner Erfahrungen, noch kompliziert und für die Partnerorganisationen oft unübersichtlich strukturiert. Es gab die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit GTZ gGmbH, den Deutschen Entwicklungsdienst DED gGmbH, für den ich in Indonesien war, die Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH InWENT, das Centralinstitut für Migration CIM sowie die Entwicklungsbank der Kreditanstalt für Wiederaufbau, KfW. Während der DED eine Personalentsendungsorganisation war, die Entwicklungshelfer/-innen (EH) für mindestens zwei Jahre vor allem auf kommunaler oder Kreisebene im Partnerland einsetzte, war die GTZ mehr auf Regierungs- und Provinzebene mit wenigen Beratern vertreten, die sich je nach Bedarf für die Projekte Kurzzeitberater oder consultants hinzu hol-

ten. InWENT trainiert ausländische Partner mit lokalen Trainern vor Ort oder organisiert Trainingskurse für diese in Deutschland, Schwerpunkt ist aber das Training vor Ort. Dabei kam es oft zu Doppelstrukturen, mangelnder Abstimmung bei ähnlichen oder gleichen Einsatzgebieten in einem Land, was natürlich beim Partner Erstaunen und Verwirrung hervorrief. Ich sagte dann immer: „Die Deutschen mögen es kompliziert.“ Natürlich wurde vom BMZ auf Kooperation der deutschen EZ-Organisationen gedrängt, was aber nicht immer klappte. Seit Anfang 2011 sind nun GTZ, DED und InWENT zur Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GIZ zusammengeführt worden, wer dabei verloren hat, ist aus dem Namen klar erkenntlich. Die anderen Organisationen sind davon bisher nicht berührt. Und schließlich sollen noch die nicht-staatlichen EZ-Organisationen erwähnt werden, die neben der klassischen EZ auch Not- oder Katastrophenhilfe leisten, dazu gehören die kirchlichen Organisationen (zum Beispiel Misereor, AGEH), der Weltfriedensdienst, die Welthungerhilfe, Stiftungen (zum Beispiel Nord-Süd-Brücken) und viele andere mehr.

Erfahrungsbericht 2006 bis 2008, Provinz Aceh

Ich interessierte mich schon lange für eine Auslandstätigkeit und war bisher seit 1992 auf privater Ebene in Ghana aktiv, wo ich mit Hilfe deutscher Stiftungen in Kooperation mit lokalen NGOs verschiedene Projekte realisierte

ALLIGATOR-Intro



Liebe Leserinnen und Leser,

dieser Alligator steht ganz im Zeichen der internationalen Arbeit mit spannenden Beiträgen aus Indonesien und Madagaskar. Weiterhin veröffentlichen wir einen Antrag an die Mitgliederversammlung zur Gründung einer Bundeskontaktstelle INTERNET.welt für die GRÜNE LIGA. Der Antrag des Bundessprecherrates auf Satzungsänderung ist allen Mitgliedern des Bundesverbandes per Post zugegangen und steht auch im Internet.

Ich möchte mich ganz herzlich bei Miriam Siemon (FÖJ, Bundesgeschäftsstelle) für ihre engagierte Mitarbeit am Alligator bedanken. Sie hat diesmal den Großteil dieser Ausgabe bearbeitet und umgesetzt!

// Oliver C. Pfannenstiel
Redaktion Alligator

Impressum

Herausgeber
GRÜNE LIGA e.V.
Netzwerk ökologischer Bewegungen
Anschrift
GRÜNE LIGA e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030/2044745, Fax: 030/2044468
alligator@grueneliga.de
V.I.S.D.P.: Dr. Torsten Ehrke

Redaktion

Oliver C. Pfannenstiel

Layout

Miriam Siemon

Fotos

namentlich gekennzeichnet,
sonst ALLIGATOR-Archiv

Jahresabo

18,- EUR, Förderabo 25,- EUR
Für Mitglieder der GRÜNEN LIGA im
Mitgliedsbeitrag enthalten.

Auflage
1.100

Spendenkonto

80 25 67 69 00
GLS Gemeinschaftsbank eG, BLZ 430 609 67
(Kennwort: ALLIGATOR)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben. Nachdruck und Weiterverbreitung der Texte nur mit vorheriger Genehmigung der Redaktion.



Foto: Plastikmüll am Strand in Sigli, Aceh

waren und sind doch Politiker aller Ebenen, Militär und Polizei am illegalen Handel mit geschützten Arten oder Tropenholz oder an der illegalen Vergabe von Bauland beteiligt. Wie schlecht die Mitarbeiter der Umweltbehörde in Sigli fachlich für ihre Aufgaben gerüstet waren, zeigte die völlig unzureichende materielle Ausrüstung, aber auch der Grad ihrer beruflichen Qualifikation, und zwar unabhängig von der Tsunamikatastrophe 2004. So mußte ich zuerst eine Weiterbildung zu Allgemeiner Ökologie organisieren, da dieses Grundlagenwissen und damit wesentliche Zusammenhänge, die für eine erfolgreiche Arbeit zum Umweltschutz erforderlich sind, einfach nicht vorhanden waren. Weiterhin bemühte ich mich erfolgreich um Projekte mit Schulen und lokalen NGO. So wurden jeweils zu den Weltumwelttagen am 5. Juni 2007 und 2008 mehrtägige Kampagnen zur Bewußtseinsbildung hinsichtlich Umweltfragen zusammen mit lokalen NGOs, Verwaltungen und Schulen organisiert. Auf welche Gegebenheiten man sich in so einer anderen Kultur einstellen muß und wie reichlich fließende EZ-Mittel das Verhalten verändern können, sollen drei Beispiele zeigen.

Erstes Beispiel: Bei einer Diskussion mit lokalen NGOs wurde mir von diesen gesagt, daß die umfangreiche finanzielle Hilfe das Verhalten der lokalen Bevölkerung verändert habe. Während vor der Katastrophe solidarische Nachbarschaftshilfe ganz normal war, würde jetzt immer öfter vor einer Hilfeleistung gefragt, was man denn dafür bekäme.

— Waldschutz, Bau eines Kindergartens, einer Schule, von Trinkwasserbrunnen und Gemeinschaftstoiletten für den Kindergarten. 2006 suchte der DED dringend Kräfte für ein Sonderprogramm zum Wiederaufbau nach der Erdbeben- und Tsunamikatastrophe in der indonesischen Provinz Aceh, deren Hauptstadt Banda Aceh am schlimmsten getroffen wurde. Dieses bis 2009 begrenzte Sonderprogramm wurde von der schon lange in Indonesien aktiven GTZ aufgelegt, sie erkannte aber bald, daß sie das komplexe und anspruchsvolle Programm allein nicht umsetzen konnte, und bat daher den DED, der bis dahin noch nicht in Indonesien tätig war, um Hilfe. Die EH des DED hatten den Vorteil ihres langfristigen Einsatzes. Dieses Programm umfaßte viele Aspekte, so den physischen Wiederaufbau, hier besonders von Wohnungen, Schulen und Berufsschulen, die Ausbildung von Verwaltungsangestellten verschiedener Ebenen, besonders solcher aus Planungsbehörden (capacity building), Bewußtseinsbildung in den Bereichen Umwelt und Gefahrenvorsorge, Wirtschaftsförderung und so weiter. Ich bewarb mich und bekam den Zuschlag als Berater einer Planungsbehörde in der Kreisstadt Sigli, etwa 115 Kilometer südöstlich von Banda Aceh. Dabei spielte meine kommunalpolitische Erfahrung als Umweltsenator der Hansestadt Rostock 1990 bis 1993 eine Rolle, sollte ich doch vor allem versuchen, mehr Umweltschutzgedanken in die Planungen einzubringen. Das Umweltbewußtsein in Indonesien ist sehr schlecht entwickelt, besonders schlimm sieht es in den Bereichen Ab-

fall, Waldschutz, Wasser/Abwasser und damit Hygiene aus. Verschärft wird die Situation durch die allgegenwärtige Korruption. Da wegen des Zeitdrucks auf die sonst gründliche Vorfeldprüfung eines EH-Platzes verzichtet wurde und in Aceh eine unübersichtliche Lage bezüglich der Hilfsorganisationen aus vielen Ländern (donor-overkill) herrschte, bemerkte die GTZ nicht, daß meine Aufgabe schon von einer kanadischen Organisation wahrgenommen wurde. Als ich dies nach einigen Wochen mitbekam, kümmerte ich mich im Einverständnis mit der Planungsbehörde mehr um die Umweltbehörde in Sigli. Umweltbehörden waren und sind fast immer die Stiefkinder der Verwaltungen in Indonesien, da über Jahrzehnte die Politik kein Interesse an starken Umweltstrukturen hatte und auch jetzt nur zögerlich entwickelt—



Foto: Abfallverbrennung im Hof der Kreisverwaltung in Sigli, Aceh

Zweites Beispiel: In der Planungsbehörde, die ich anfangs beriet, fehlte je ein Fachmann für Fischerei und einer für Forstwirtschaft. Der DED bot an, diese beiden Stellen für die Dauer des Einsatzes zu finanzieren, dazu sei ein Antrag des Partners, also der Planungsbehörde, erforderlich. Man freute sich, der Antrag lag aber nach zwei Wochen noch nicht vor. Und als auch nach einer weiteren Woche kein Antrag da war, erinnerte ich unsere Partner unter Hinweis auf die deutsche Bürokratie und den bereits eingetretenen Zeitverlust daran. Man fragte mich, ob die beiden auch ein Notebook bekämen. Dies verneinte ich, da wir ja für zwei Jahre das Gehalt bezahlen würden. Nun bestand kein Interesse mehr an diesen beiden Stellen.

Drittes Beispiel: Die Umweltbehörde wollte eine umfangreiche Baumpflanzaktion vornehmen, darunter auch die Wiederherstellung von Mangrovengürteln an den durch Sigli fließenden Flüssen. Sie bat den DED um finanzielle Unterstützung. Diese wurde zugesagt, zuerst mußte aber ein Projektantrag mit Finanzierungsplan vorliegen. Dies erfolgte schnell, als ich ihn sah, wunderte ich mich. Fast die Hälfte des Budgets wurde von sogenannten Honoraren für den Behördenchef und seine Stellvertreter verschlungen – bei rein indonesischen Projekten ein völlig normaler Vorgang. Ich wies darauf hin, daß der DED solche Honorare nicht bezahlen könne und erklärte ihnen unsere Bedingungen. Man war etwas erstaunt, legte aber einen neuen Antrag vor, bei dem nun alles Geld tatsächlich in das Projekt floß.

Erfahrungsbericht Tarakan, 2008 bis 2010

Da das Tsunamisonderprogramm 2009 auslief, wechselte ich Mitte 2008 in das neu aufgelegte EZ-Programm „Wald und Klimawandel“. Hier sollte ich auf der Insel Tarakan in der Provinz Ostkalimantan eine kommunale Forstbehörde hinsichtlich nachhaltiger Waldbewirtschaftung und Forstpolitik beraten, Kampagnen zum Klimaschutz in Zusammenarbeit mit anderen Ämtern der Verwaltung sollten ein weiterer Schwerpunkt sein. Theoretisch waren auf Tarakan hervorragende, für Indonesien außergewöhnliche politische Bedingungen vorhanden. Dies war einem Bürgermeister zu verdanken, der früh erkannte, wie wichtig der Wald für

den Wasserhaushalt der Insel ist und wie wichtig überhaupt eine gute Umweltpolitik auch für das soziale Wohlbefinden ist. Der primäre Regenwald in einer Größe von etwa 6000 Hektar war Schutzwald, und dies wurde auch mit Hilfe einer gut trainierten und hoch motivierten Waldpolizei weitgehend durchgesetzt. Das Umweltamt der Stadt war sehr aktiv, so manche deutsche Stadt könnte davon lernen. Auf Tarakan gibt es Abfalltrennung – nach den Erfahrungen in Aceh eine riesige Überraschung. Die Schulen haben Umweltschutz fest im Lehrplan, es gibt sehr aktive Schülerarbeitsgemeinschaften zu diesem Thema. Überhaupt

dem Forstamt erarbeitetes Programm vorsah, sehr erschwert. Keine Probleme hatte ich mit der Waldpolizei, aber die war in der Amtshierarchie ganz unten. Meine besten Erfolge hatte ich bei Projekten zum Klimawandel mit Schulen und bei der Kooperation mit dem Umwelt- und dem Fischereiamt. Da aber die Projektmittel immer vom Forstamtsleiter, dem offiziellen DED-Partner, beantragt werden mußten, wuchs dort im Laufe meiner Einsatzzeit das Mißtrauen mir gegenüber. Der Forstamtsleiter beantragte beispielsweise für eine gemeinsame Veranstaltung zum Weltumwelttag, die vom Umweltamt organisiert,



Foto: Schulprojekt zum Thema Klimawandel auf Tarakan, im Hintergrund M. Kreuzberg

hat dieser Bürgermeister zu Beginn seiner Amtszeit durchgesetzt, daß 20 Prozent des kommunalen Haushaltes in die Schulen gehen. Aber die Praxis meiner EZ-Arbeit stieß an Grenzen, die teilweise auch durch die Prinzipien des DED für die EZ gesetzt wurden, hinzu kamen verwaltungsinterne, subjektive Probleme beim Partner. Ich begann unter diesen offenbar guten Bedingungen mit viel Freude, merkte aber bald, daß die Forstverwaltung wenig motiviert und eben eine typische Verwaltung war, die viel verwaltet, aber wenig oder gar nicht gestaltet – ganz im Gegensatz zur Umweltverwaltung. So gab es einen großen Raum mit sechs Computerarbeitsplätzen. An diesen saßen den ganzen Tag Forstamtsangestellte und spielten Computerspiele oder nutzten Facebook, was in Indonesien nahezu eine Volksseuche ist. Die Tür war verschlossen, man kam nur mit einem Klopfcode rein. Hinzu kam, daß es zwischen den beiden Chefs subjektiv bedingte Animositäten gab. Damit wurde die Zusammenarbeit mit dem Umweltamt insbesondere bei Kampagnen zum Klimawandel, wie sie unser gemeinsam mit

aber zum Projekt Wald und Klimawandel gehörte, die Mittel. Später beschwerte er sich, daß das Forstamt nichts abbekommen hatte. Er dachte wohl typisch indonesisch und hatte sein Honorar erwartet. Es war schwer, ihm zu erklären, daß es doch ein Teilprojekt aus der ihm bekannten Planung der Gesamtmaßnahme war, daß der Umweltsamtsleiter jede Rupie beim DED abrechnen muß und daß es später dann auch in der Erfolgsbilanz des Forstamtes auftauchen würde.

Peinlich für den DED und die GTZ war es, daß sie bei der Vorfeldprüfung zum EH-Einsatz in Tarakan nicht bemerkt hatten, daß die Stadt schon über einen Fünf-Jahres-Plan zur Anpassung an den Klimawandel verfügte, was nicht nur für Indonesien, sondern auch für andere Länder und Kommunen beispielhaft ist. Dieser Plan war federführend vom Umweltamt entwickelt worden, ich erhielt davon etwa vier Monate nach Beginn meiner Arbeit Kenntnis, im Forstamt war er bis dahin auch unbekannt. Bei Kenntnis dieses Planes wäre die Gesamtplanung anders ausgefallen.



Foto: Baumpflanzaktion in einer Schule auf Tarakan

Schlußfolgerungen

Die staatliche EZ kann sicher auch auf viele erfolgreiche Projekte verweisen. Dennoch gibt es strukturelle und politische Probleme, die immer wieder dazu führen, daß Steuergelder in sinnlose Maßnahmen führen oder im Sumpf der Korruption verschwinden. So kann man sich unter dem Link [den-aethiopiern-zum-gefallen.html](#) (Welt-Sichten 6-2008) darüber informieren, wie die GTZ gegen besseres Wissen ein Projekt weiterführte, weil man sich die Fehler nicht eingestehen will. Oder das Beispiel Kenia, wo der DED unter Heidemarie Wiczorek-Zeul Millionen DM – und später Euro – in Maßnahmen zur Korruptionbekämpfung steckte und der Präsident dann später Wahlergebnisse fälschen ließ. Und schließlich haben auch fast 20 Jahre GTZ-Arbeit zur nachhaltigen Forstwirtschaft auf Kalimantan, dem indonesischen Teil der Insel Borneo, nicht verhindern können, daß Borneo eine der Stellen weltweit ist, wo die Entwaldung bis heute am radikalsten erfolgt. Viele der von der GTZ geschulten Forstbeamten und Politiker sitzen inzwischen wegen illegalen Holzhandels im Gefängnis.

Meine Erfahrungen sind leider auch nicht die besten. Ein Schwachpunkt der deutschen EZ ist die unzureichende Verlaufskontrolle und später die Evaluierung zum Erfolg einer Maßnahme einige Zeit nach deren Abschluß. Politisch besteht offenbar nicht der Wille, den jeweiligen Partnern von Anfang an klarzumachen, daß man ein Projekt abbrechen wird, wenn Mittel

veruntreut oder falsch eingesetzt werden oder wenn sich im Verlauf zeigt, daß am Bedarf vorbei geplant wurde. Das ist auch nicht so einfach, bestehen doch hinsichtlich Konfliktmanagement oft ganz andere Ansichten als in Deutschland. Aber es sind deutsche Steuergelder, mit denen im Partnerland Projekte realisiert werden. Noch bis etwa 2009/10 war es beim DED üblich, daß die EH jährlich einen Bericht an den Landesdirektor/ die Landesdirektorin schreiben, in dem alle positiven und negativen Aspekte zur Entwicklungsmaßnahme beschrieben wurden. Dann legte die DED-Zentrale fest, daß von nun an die Partnerorganisationen allein das Projektmonitoring machen sollte, es sei ja ihre Maßnahme (ownership der Partnerländer an der EZ). Was dabei herauskommt, ist jedem nicht weltfremden Menschen klar: Nur positive Berichte, man will ja schließlich weiter Geld und Sachmittel bekommen, also werden Konflikte nicht thematisiert, die DED-Zentrale ist glücklich und stolz, wie toll doch ihre Arbeit in den Partnerländern ist, und der Politik wird so ein falsches Bild vorgegaukelt. Daß es auch eine ownership des deutschen Steuerzahlers gibt, wird weggelassen. Eine weitere Kleinigkeit zeigt, wie realitätsfern oft die Zentrale ist. Es wurde auch angewiesen, daß die Partnerorganisationen ihre Monitoringberichte in Englisch verfassen sollen. Im Forstamt Tarakan zum Beispiel sprach keiner der in Frage kommenden Angestellten Englisch. Diese Struktur des DED ist meines Erachtens ein Grund für Fehlentwicklungen.

Die Mehrzahl der DED-Angestellten sind im Ausland tätig, sie kennen die lokalen Verhältnisse aus oft langjähriger Erfahrung und bekommen Probleme sofort mit. Die Mitarbeiter der Zentrale waren zwar auch mal im Ausland, sind aber oft schon lange wieder in Deutschland und hängen mitunter Idealvorstellungen hinsichtlich der Partner nach. Alle wichtigen Entscheidungen werden in der Zentrale getroffen, nach meiner Auffassung oft, ohne die direkte Erfahrung der EH genügend zu berücksichtigen. Sonst wäre dieser Weg des Projektmonitorings allein durch die Partner nicht gegangen worden. Dies ist das Beispiel, von dem ich eingangs schrieb, manches sei schlechter geworden. Und die Evaluierung nach Maßnahmeabschluß erfolgt viel zu wenig. Sie ist aber nötig, um Fehlentwicklungen bei späteren EZ-Projekten zu vermeiden. Wenn ich an die zahllosen Capacity-building-Projekte aus meiner Zeit in Aceh denke, so würde ich gern mal wissen, ob dadurch das Handeln der geschulten Verwaltungen wirklich nachhaltig geändert wurde.

Negativ wirkte sich auch in meinem Fall die strenge Bindung des DED an ein Amt aus. Es zeigte sich relativ schnell, daß das Umweltamt der kompetentere Partner für das Thema war. Ein Wechsel war aber nicht möglich, da das Programm mit der Zentralregierung so besprochen worden war. Der DED hat somit keine Möglichkeit, auf Entwicklungen im Projektverlauf so flexibel zu reagieren, wie dies für das Ergebnis vorteilhaft wäre. Man macht mit dem schlechteren Partner weiter.

Auch die ausschließliche Bindung an Verwaltungen ist ein Nachteil, da diese oft unmotiviert, korrupt und wenig qualifiziert sind. Mehr Flexibilität hinsichtlich direkter Kooperation mit Nichtregierungsorganisationen (NGO), wozu auch Universitäten gehören sollten, wäre gut und würde zu besseren langfristigen Ergebnissen der EZ führen. Bedingung dafür ist aber die gründliche Prüfung der potentiellen Partner im Vorfeld, da es auch bei den NGO „schwarze Schafe“ gibt.

Jede Entwicklungsmaßnahme hat eine oder mehrere Zielgruppen. Daher muß die Entwicklungsmaßnahme von Anfang an so geplant werden, daß diese Zielgruppen am Ende auch davon pro-

Frauenförderung auf Madagaskar

Foto: Illegaler
Holzeinschlag auf
Tarakan



fitieren. Leider wird dieser Grundsatz gelegentlich von Projektplanern in den Zentralen mißachtet, die die lokalen Verhältnisse nicht kennen und offenbar leider auch nicht kennen wollen. So plante InWENT von Deutschland aus während meiner Zeit in Tarakan eine Weiterbildung zum REDD-Prinzip (Reducing of Emissions from Deforestation and Degradation) und zum Handel mit Zertifikaten von Kohlendioxid. Zweifellos besteht bei indonesischen Forstbeamten auf diesem Gebiet großer Weiterbildungsbedarf, vor allem bei denen, die es in den Provinzen und Kommunen umset-

zen müssen. Da scheint InWENT mit seinem Ansatz, Leute vor Ort durch Experten aus dem jeweiligen Land zu trainieren, gerade richtig. In diesem Fall hatte sich die InWENT-Zentrale das aber anders gedacht: Zielgruppe der Weiterbildung waren vorwiegend Ministerialbeamte, die noch dazu in Deutschland trainiert werden sollten. Und nicht etwa in Englisch, was die fast alle können, sondern in Deutsch, wozu natürlich erst mal ein Deutschintensivkurs erforderlich ist. Wer nun Indonesien kennt, der weiß, daß diese Menschen nicht die Multiplikatoren sind, wie es InWENT offenbar dachte. Diese Leute kennen die Problematik schon gut. Sie werden kaum aus ihren klimatisierten Büros in die tiefe Provinz fahren, um kleinen Forstbeamten ihr Wissen zu vermitteln. So habe ich auf einem dreitägigen Workshop zu eben diesen Fragen, den die GTZ in der Hauptstadt Jakarta organisiert hatte, Folgendes erlebt: Ein Forstbeamter aus einer kleinen Kommune bat die Vertreterin des Forstministers im Präsidium um mehr Informationen. Ihre knappe Antwort: „Schauen Sie ins Internet.“ Dies funktioniert jedoch selbst in Jakarta nicht immer, in der Provinz ist es sehr oft gestört beziehungsweise sehr langsam oder nicht

verfügbar, dort sind Stromausfälle fast alltäglich. Diese Dame wird sich also nicht die Mühe machen, ihr in Deutschland erworbenes Wissen im tiefen Busch weiterzugeben. InWENT fragte aber sogar bei uns an, ob das Programm gut sei, trotz der Hinweise auf die falsche Zielgruppe wurde es durchgezogen – eine unsinnige Verschwendung von Steuergeldern.

EZ darf nicht dazu führen, daß mit deutschen Steuergeldern die Hausaufgaben korrupter Regierungen gemacht werden. Weniger ist auch hier mehr, dafür aber bessere und kritischere Projekt- und Partnerauswahl, enge Einbindung der Außenmitarbeiter bei wichtigen, insbesondere strategischen Entscheidungen, politischer Wille zum Ausstieg bei Fehlentwicklungen, die nicht repariert werden können, Projektmonitoring gemeinsam mit dem Partner, Ansprechen von Konflikten unter Beachtung der kulturellen Besonderheiten, mehr Evaluierungen mit konsequenter Umsetzung der Evaluierungsergebnisse – das sind nach meiner Auffassung nötige Dinge zur Verbesserung der deutschen staatlichen EZ.

// Michael Kreuzberg

Nicole Göthel

Aufbauhilfe, wo der Pfeffer wächst

Frauenförderung auf Madagaskar

Schon im Juni berichteten wir von der Projektarbeit der GRÜNEN LIGA e.V. gemeinsam mit der GRÜNEN LIGA Sachen e.V. auf der roten Insel vor der Ostküste Afrikas. Vieles ist seither erreicht worden, und wir blicken auf ein durchaus erfolgreiches Jahr 2011 zurück.

Viel hört man nicht über dieses Land, welches seit nunmehr fast drei Jahren in einer tiefen politischen Krise steckt, aus welcher kein Ausweg in Sicht scheint. Die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen haben sich seitdem rasant verschlechtert, und die madagassische Bevölkerung versinkt immer tiefer in Armut. Um einen kleinen Beitrag zur Verbesserung der Le-

bensumstände der madagassischen Bevölkerung zu leisten, engagiert sich die Projektgruppe Madagaskar seit vielen Jahren mit zahlreichen motivierten Mitstreitern und lokalen Partnern in den verschiedensten Bereichen. Aktuell liegt der Fokus der GRÜNEN LIGA auf der Zusammenarbeit mit dem madagassischen Projektpartner FFA („Fanatsarana ny Farimpiainana eny Ambanivohitra“ zu Deutsch: Verbesserung des ländlichen Lebensstandards), mit welchem wir seit nunmehr zwei Jahren ein Projekt zur Förderung alleinstehender Kleinbäuerinnen an der Südostküste der Insel realisieren.

Unsere gemeinsame Arbeit begann 2009 mit der Unterstützung eines

Frauenvereins aus dem Dorf Sahavato. Im April 2011 war es endlich soweit und dank der finanziellen Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Erbacher Stiftung und der Stiftung Nord-Süd-Brücken konnte unser Projekt auf zwei weitere Frauengruppen der Nachbardörfer Nosy Varika ausgeweitet werden. Seitdem arbeiten wir insgesamt mit circa 300 Frauen und ihren Familien.

Im Mittelpunkt unserer Arbeit stand in einem ersten Schritt die Ernährungssicherung und Einkommensschaffung durch die Erhöhung und Diversifizierung der landwirtschaftlichen Produktion. Vor Projektbeginn

wurde aufgrund der Abgeschiedenheit und schweren Zugänglichkeit kaum mehr als Reis und Maniok in der Region angebaut. Frisches Gemüse musste importiert werden und war aufgrund der dadurch ansteigenden Preise für den Großteil der lokalen Bevölkerung unerschwinglich. Dies hat sich katastrophal auf den Gesundheitszustand großer Teile der Bevölkerung ausgewirkt. Besonders davon betroffen waren und sind alleinstehende oder verwitwete Frauen und ihre Kinder. Diese Frauen verfügen weder über die notwendigen Arbeitskräfte zur Bestellung ihrer Felder noch über die notwendige technische Ausrüstung. Des Weiteren fehlt es ihnen an finanziellen Mitteln, um zusätzliche Arbeitskräfte anstellen oder um die notwendigen Grundnahrungsmittel aufkaufen zu können. Ihr Handlungsspielraum ist extrem eingeschränkt, da sie über keine alternativen Einkommensquellen verfügen, die ihnen über unvorhergesehene Notsituationen hinweghelfen können. Dies wirkt sich verheerend auf die Situation der Kinder aus. Viele von ihnen sind gezwungen, ihren Müttern auf den Feldern zu helfen und können so nicht zur Schule gehen. Die Förderung von Frauen beziehungsweise Müttern ist uns daher besonders wichtig. Der Weg aus der Armut muss und kann nur über das Einbeziehen der Eltern funktionieren. Erst wenn die Familien über gesicherte und stabile Einkommen verfügen, kann auch die Zukunft der Kinder abgesichert werden.

Zum Projektauftritt an den beiden neuen Standorten, wurden die Frauen in die Organisation aller durchzuführenden Aktivitäten einbezogen. Die Frauen wählten beziehungsweise bestätigten ihre Vereinsvorstände, und Lageristinnen wurden benannt. Um die Projektaktivitäten möglichst gut zu strukturieren, unterteilten sich die Frauen pro Verein in sechs Gruppen und wählten jeweils eine Gruppenverantwortliche. In diesem Sinne wurde auch ein Rotationssystem zur Kinderbetreuung und Zubereitung der Gemeinschaftsmahlzeiten etabliert. Nachdem den Frauen die unterschiedlichen Kontrollinstrumente erklärt wurden, wurde der gemeinsame Projektvertrag zwischen unserem Projektpartner FFA und den beiden Frauengruppen unterschrieben. In diesem wurden sämtliche gemeinsam getroffenen

Entscheidungen, geplanten Aktivitäten sowie die jeweiligen Verantwortlichkeiten festgehalten. Der Ansatz, die Frauen von Beginn an in sämtliche Projektaktivitäten einzubinden sowie die Verantwortungsbereiche schrittweise auf diese zu übertragen, zielt darauf ab, das Verantwortungsbewusstsein der Projektteilnehmerinnen für das Projekt von Anfang an zu stärken.

Alle Frauen erhielten ein Set landwirtschaftlicher Geräte, darunter Schaufeln, Harken, Spaten und Gießkannen. Den jeweiligen Vereinen wurden zusätzlich noch Schubkarren und eine motorbetriebene Wasserpumpe zur Verfügung gestellt. Dies war notwendig, da die Frauen – wie im Vorläuferprojekt Sahavato – an zwei Tagen pro Woche Gemeinschaftsfelder bewirtschaften und die Wasserversorgung damit erheblich erleichtert werden konnte. Jeder Verein erhielt zusätzlich ein Küchenset für die Zubereitung der Gemeinschaftsmahlzeiten auf den Feldern sowie eine Ausstattung für die Kinderbetreuung.

Während der vergangenen Monate haben die Frauen die verschiedensten Gemüsesorten und Hülsenfrüchte angebaut. Das notwendige Saatgut wurde ebenfalls zur Verfügung gestellt. Dabei wurde sowohl Saatgut für die Gemeinschaftsfelder als auch für die privaten Gärten jeder einzelnen Frau verteilt. Nur wenn auch die einzelnen Familien

gieren. Die Produktion konnte an den beiden neuen Standorten im Vergleich zum Vorgängerprojekt in Sahavato erheblich gesteigert werden. Bis heute wurden erhebliche Mengen an Gemüse und Hülsenfrüchten geerntet. Ein Teil der Produktion wurde an den gemeinsamen Arbeitstagen konsumiert, wobei der Rest einen reißenden Absatz auf den lokalen Märkten fand und die Kassen der Vereine klingelten. Die Nachfrage nach den Produkten war dabei derart groß, dass häufig schon vor Mittag sämtliche Tagesernten verkauft wurden. Nicht selten geschah dies meist schon auf dem Weg zu den extra dafür eingerichteten Verkaufsständen. Die Nachfrage ist so hoch, dass noch nicht in andere Nachbarstädte exportiert werden muss. Daher ist das nächste Ziel, die landwirtschaftlichen Aktivitäten noch zwei Jahre weiterzuführen und auszubauen, um so das Kaufpotential der Region weiter ausschöpfen zu können. Das Projekt stößt bei der lokalen Bevölkerung auf großes Lob, da es dank der Frauen nun endlich erschwingliches und frisches Gemüse zu kaufen gibt. Diese Nachfrage hat sich auch positiv auf die einzelnen Familien ausgewirkt, die mit dem Verkauf ihrer privaten Produktion ebenfalls bisher durchschnittlich 100 Euro pro Familie verdienen konnten. Auch der Gesundheitszustand der Frauen und ihrer Kinder hat sich durch Verzehr ausgeglichener Mahlzeiten sichtlich verbessert.



Foto: Frauen der Frauengruppe aus Nosy Varika, die gerade dabei sind die ersten Ernten auf den Gemeinschaftsfeldern ihres Vereines einzuholen, aufgenommen von Nicole Göthel

über abgesicherte Verhältnisse verfügen, kann erwartet werden, dass sie sich auch für die Gemeinschaft enga-

Um die langfristige Autonomie der Frauen sicherzustellen, wurden bereits zwei Ausbildungsreihen zu den

Frauenförderung auf Madagaskar

Themen interne Organisation und Buchhaltung, Vereinsführung und Marketing durchgeführt. Ebenfalls behandelt wurden die Themen Kindererziehung und gesunde Ernährung, was auf den Gemeinschaftsfeldern im Rahmen der Kinderbetreuung und Kochdemonstrationen praktisch veranschaulicht und geübt wird. Eine dritte Fortbildung zur Rolle der Frau in der madagassischen Gesellschaft soll in den nächsten Wochen folgen.

Damit diese Fortbildungen nicht unter freiem Himmel stattfinden müssen, wurden in beiden Dörfern neue Vereinshäuser sowie zwei Lagerhäuser gebaut. Leider hat der Erfolg der Frauen jedoch auch zu einzelnen Neidern geführt, welches sich durch kleinere Diebstähle auf den Feldern bemerkbar machte. Daher wurden mit den Frauen Sicherheitsvorkehrungen diskutiert und festgelegt, die über das Anstellen von Wächtern sowie die Umzäunung der Felder hinausgehen und auch die bessere Einbindung der restlichen Bevölkerung vorsehen. So wollen die Frauen ihr Projekt bei öffentlichen Veranstaltungen vorstellen und auch selbst Saatgut produzieren, was sie zu günstigen Preisen lokal verkaufen wollen.

Die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion kann jedoch nicht der einzige Weg bleiben, um nachhaltig die Lebensverhältnisse der Frauen und ihrer Familien zu verbessern. Im Sinne einer ganzheitlichen Entwicklung muss eine langfristige und positive Veränderung über die Absicherung der Selbstversorgung hinausgehen, auch wenn wir Ernährungssicherung als ei-

ne der wichtigsten Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung betrachten. Daher möchte die GRÜNE LIGA gemeinsam mit ihrem Partner FFA im folgenden Jahr die Aktivitäten um neue, einkommensschaffende Maßnahmen ergänzen. Dadurch soll die Abhängigkeit der Frauen von der risikoträchtigen Landwirtschaft gemindert



Foto: Frauen der Frauengruppe aus Nosy Varika, aufgenommen von Nicole Göthel

werden, da unvorhergesehene Ereignisse wie lange Trockenzeiten oder Überschwemmungen durch Tropenstürme immer wieder zu Ernteaussfällen führen und die Bemühungen der Frauen zurückwerfen könnten. Daher möchten wir den bisher noch immer stark eingeschränkten, auf den Kulturanbau konzentrierten, Handlungsspielraum der Frauen durch neue oder ergänzende Aktivitäten erweitern. Dies ist auch insoweit notwendig, da der Kulturanbau saisonabhängig ist und nicht ganzjährig aufgrund der langen Regenzeit durchgeführt werden kann.

Um die neuen Aktivitäten an die Bedürfnisse der Frauen anzupassen, wurden diese in die Vorbereitungen intensiv eingebunden. Dazu wurden die drei Frauenvereine gebeten, unsere Vorschläge zu überdenken und durch eigene Ideen zu ergänzen.

Die Frauen haben sich dabei für Honigproduktion, das Anlegen von Baumschulen, die Durchführung von Fortbildungen in Bäckerei, Schneiderei und madagassischem Kunsthandwerk sowie für die Trocknung und Konservierung von Früchten und Gemüse entschieden. Aufgrund großzügiger Unterstützungen konnten einzelne dieser geplanten Maßnahmen im vergangenen Jahr bereits am Standort Sahavato auf kleinem Niveau getestet werden, um zu schauen, welche Ansätze erfolgversprechend sind. So wurde unter anderem ein Bäckereikurs durchgeführt mit der Folge, dass heute viele der Frauen selbst Backwaren vertreiben und mit dem Verkauf ihr Einkommen noch einmal um 50 Prozent steigern konnten. In diesem Jahr ist geplant, alle Maßnahmen an allen drei Standorten in Gang zu setzen, um so den Frauen den letzten wichtigen Schritt in ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

An dieser Stelle möchte sich die GRÜNE LIGA herzlich bei allen Organisationen und Einzelpersonen bedanken, welche mit ihrer Unterstützung dieses Projekt erst möglich gemacht haben.

// Nicole Göthel
Projektgruppe Madagaskar

GRÜNE LIGA Sachsen: Neuer Vorstand mit Schwerpunkt Artenschutz

Auf seiner letzten Sitzung des Jahres 2011 hat der Landessprecherrat der GRÜNEN LIGA Sachsen e.V. den neuen bürgerlichen Vorstand des Vereins gewählt. Mit Tobias Mehnert aus Oederan als Vorsitzenden, Mandy Buchholz aus Bautzen als Stellvertreterin und Thomas Fischer aus Hirschstein als Schatzmeister geht die GRÜNE LIGA Sachsen e.V. die neuen Herausforderungen des kommenden Jahres in bewährter Form an.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Vereinsarbeit wird neben Umweltbildung und Umweltschutz der flächenhafte Naturschutz sein. Tobias Mehnert: „Die Sicherung der letzten natürlichen Lebensräume ist eines der wichtigsten Instrumente für einen nachhaltigen Artenschutz.“ Der Verlust von Lebensräumen ist eine Hauptursache für den weltweit voranschreitenden Rückgang der Artenvielfalt. Deshalb kommt dem Lebensraumschutz durch Flächensicherung und ökologische Aufwer-

tung sowie der rechtlichen Prüfung naturzerstörerischer Eingriffe und Bauvorhaben in Naturflächen ein besonderes Augenmerk zu.

Aufbauen kann die GRÜNE LIGA Sachsen dabei auf die langjährigen Erfahrungen solcher Mitgliedsgruppen wie dem Naturschutzverband Sachsen (NaSa) e.V. sowie auf eine gewachsene Zahl privater Unterstützer und Sponsoren.

Klage Waldschlösschenbrücke

Berufung der Naturschutzverbände zurückgewiesen, Revision zugelassen

Das Sächsische Obergericht in Bautzen hat im Dezember 2011 die Berufung der sächsischen Umweltverbände NABU, BUND und GRÜNE LIGA in dem Verfahren gegen die Waldschlösschenbrücke zurückgewiesen. Da das Obergericht zugleich die Revision zum Bundesverwaltungsgericht zuließ, bietet sich den Verbänden nun die Möglichkeit, ihrer Funktion als „Anwälte der Natur“ höheren Orts gerecht zu werden.

Die Urteilsgründe, die zur Zurückweisung der Berufung geführt haben, werden erst in einigen Monaten vorliegen. Eine inhaltliche Bewertung des Urteils ist erst dann möglich.

Die Zulassung der Revision zum Bundesverfassungsgericht lässt aber be-

reits erkennen, dass die von den Umweltverbänden im gerichtlichen Verfahren aufgeworfenen naturschutzrechtlichen Fragen auch aus Sicht des Obergerichts von grundsätzlicher Art sind und einer höchstrichterlichen Klärung bedürfen. Der Ausgang des Rechtsstreits um die Waldschlösschenbrücke ist daher nach Aussage der die Umweltverbände vertretenden Rechtsanwälte, Prof. Dr. Martin Gellermann und Peter Kremer, nach wie vor offen. Dies nicht zuletzt deshalb, weil das Bundesverwaltungsgericht gezwungen sein könnte, vor seiner Entscheidung den Europäischen Gerichtshof einzuschalten, um Hinweise zur Auslegung des den Rechtsstreit prägenden europäischen Naturschutzrechts zu erhalten. Werden die Rechtsfragen im Sinne der Umweltverbände beantwortet, wird der Planfeststel-

lungsbeschluss aufgehoben oder zumindest für rechtswidrig und nicht vollziehbar erklärt.

Die GRÜNE LIGA Sachsen signalisierte bereits, dass sie an einer endgültigen Klärung des Rechtsstreits um die Waldschlösschenbrücke interessiert ist. Die sich mit der Zulassung der Revision bietende Möglichkeit soll aus diesem Grunde, aber auch deshalb genutzt werden, um einen Beitrag zur Fortentwicklung des Naturschutzrechts zu erbringen, der den Behörden die zu beachtenden Anforderungen verdeutlichen und künftigen gerichtlichen Auseinandersetzungen vorbeugen kann.

// GRÜNE LIGA Sachsen

Marc Wiemers

Leuchttürme der Umgebungslärmrichtlinie

Einladung zur Veranstaltung der GRÜNEN LIGA

Für die zweite Phase der Umgebungslärmrichtlinie hat die GRÜNE LIGA gute Beispiele zu verschiedenen Aspekten der Aktionsplanung, Verwaltung und Umsetzung zusammengestellt. Einen ausführlichen Hinweis finden Sie auf Seite 19.

Am 21.02.2012 veranstaltet die GRÜNE LIGA e.V. einen Workshop unter dem Titel „Leuchttürme der Umgebungslärmrichtlinie“ zur Aktionsplanung und deren Umsetzung. Die Veranstaltung findet in der Greifwalderstraße 4, 10405

Berlin im großen Saal des Hauses der Demokratie und Menschenrechte statt. Eingeladen sind einige AutorInnen der Leuchttürme. Es werden die Leuchttürme vorgestellt und die AutorInnen stehen für eine Diskussion zur Verfügung.

Damit die GRÜNE LIGA besser planen kann, werden Anmeldungen unter marc.wiemers@grueneliga.de erbeten.

// Marc Wiemers

Das ausführliche Workshopprogramm ist unter www.uglr-info.de zu finden.

„Das Internet der Zukunft wird das Internet der Gemeinschaft sein“

Über Chancen, Gefahren und Veränderungen, die das Internet bewirkt



Kurzprofil Michael Krieger

Alter: 25

Kinder: Bisher keine

Beruf: Student und studentischer Mitarbeiter bei der parl. Geschäftsführerin von Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag, Undine Kurth MdB

Hobbies: Schreiben, Zeichnen, Malen, Musik, Theater, Oper

Liebblings-Reiseziel: Städte und Meer

Liebblings-Pflanze: Orchideen und meine Zimmerpalme

Liebblings-Tier: Katze und alles was sonst so krecht und fleucht

Liebblings-Essen: Sushi

Liebblings-Getränk: Wasser mit einem Schuss Zitronensaft

Liebblings-Musik: Minimal-Techno und Klassik

Liebblings-Film: Die Träumer von Bernardo Bertolucci

Liebblingsbuch: Die Verwandlung von Franz Kafka

Lebensmotto: Das wechselt zu oft, als das ich sie hier niederschreiben könnte.

Was stört Dich besonders: Die Art, wie deutsche und französische Wissenschaftler Beschreibungen so kompliziert wie nur möglich ausdrücken wollen.

Mitglied der GRÜNEN LIGA seit: 2011

Bisherige Posten bei der GRÜNEN LIGA: (Basis-)Mitglied im Bundesverband

Schönstes Erlebnis bei der GL: Die lebhafteste Debatte auf dem Halbjahrestreffen

Deine Idee gegen die Klimazerstörung: Zweckoptimismus bei jedem Menschen

Kurzes Statement zur momentanen Situation des Umwelt- und Naturschutzes in der BRD: Auf einem guten, aber noch langen Weg.

Alligator: Du bist Student, was studierst du und wo liegen deine Interessen?

Michael: Kulturwissenschaften an der Europa-Universität Viadrina, Schwerpunkt Literatur- und Sozialwissenschaften. Momentan beschäftigt mich die Frage, warum wir Kunst so oft als politisch motiviert betrachten.

Alligator: Du bist ebenfalls Mitglied in der GRÜNEN LIGA, was hat dich zu uns gebracht und was hält dich dabei?

Michael: Ich war schon Mitglied bei anderen Umweltverbänden, dort hat mir die Atmosphäre aber nicht gefallen, da man nur als zahlendes Mitglied gesehen wurde. Bei der GRÜNEN

LIGA will man aber, dass die Mitglieder mitmachen und das habe ich gesucht!

Alligator: Engagierst du dich auch in anderen Bereichen?

Michael: Ja, bei den Berliner Philharmonikern im Jungen Freundeskreis.

Alligator: Du interessierst dich für Politik, Kunst, Musik, Umweltschutz und auch für die Nutzung des Internets. Passt das alles zusammen? Kann das Internet vielleicht sogar hilfreich sein?

Michael: Warum nicht? Die Mischung macht's. Im kulturwissenschaftlichen Studium ist die oberste Devise, die Perspektive zu verschieben, um so einen anderen Blick auf die Dinge zu bekommen. Diesen Ansatz hat eigentlich jeder Mensch, niemand ist nur auf ein einziges Thema fixiert. Und es bereichert sich gegenseitig. Durch die Kunst bekomme ich eine andere Sicht auf die Politik, durch die Politik einen anderen auf den Umweltschutz und so fort. Das Internet kann insoweit hilfreich sein, dass es ein Transporteur für alle Themen ist. Man kann sich informieren, austauschen und selbst zum Diskurs beitragen.

Alligator: Du hast vor, eine neue Bundeskontaktstelle zum Thema Internet zu gründen, sie soll INTERNET.welt heißen, wie bist du auf den Namen gekommen?

Michael: Eine Mischung vieler Beteiligter war Geburtshelfer. Der Aspekt der Welt im Namen steht dafür, dass das Internet den Globus zu einem einzigen Raum macht. Die Auswirkungen, wie wir in Zukunft mit dem Netz umgehen wollen und welche Konsequenzen für die Umwelt und Menschen daraus resultieren betreffen nicht nur uns hier, sondern überall.

Alligator: Was hat dich auf die Idee, eine neue Kontaktstelle zu gründen gebracht?

Michael: Das letzte Halbjahrestreffen hat die Idee geboren. Ein brennendes Feld ist eben das Netz, nicht nur aus Datenschutzgründen, sondern gerade auch wegen des hohen Energieverbrauchs ist es eine umweltpolitische Frage, wie wir in Zukunft damit umgehen wollen.

Alligator: Warum hältst du es für wichtig andere über dieses Thema zu informieren?

Michael: Weil wir bisher viel zu wenig davon wissen, wie Umwelt und Internet ineinander greifen. Die positiven und negativen Folgen des Netzes für die Umwelt sind aber vielen unbekannt.

Alligator: Wie stellst du dir die Arbeit bei INTERNET.welt vor?

Michael: Hauptsächlich digital über Foren, E-Mail und Chatsysteme. Physische Treffen sollen die Ausnahme sein. Wir möchten einerseits Probleme aufdecken, aber andererseits auch Möglichkeiten und Strategien für ein umweltgerechtes Internet erarbeiten und dabei auch die Vorteile dieses Mediums für unsere Arbeit gebrauchen.

Alligator: Können bei diesem Projekt nur internetkundige Personen mitwirken oder gibt es auch für Neueinsteiger eine Chance sich einzubringen? Wendest du dich an eine bestimmte Zielgruppe?

Michael: Es wäre äußerst hilfreich, wenn Menschen aus unterschiedlichsten Bereichen mitmachen würden. So wird man auch auf Probleme und Fragestellungen aufmerksam, die einem Fachpublikum vielleicht fehlen würden. Deswegen: Mitmachen, mitmachen, mitmachen!

Alligator: Was hat Internet mit Umweltschutz zu tun?

Michael: Eine ganze Menge. Nehmen wir die Hardware. Jeder hat einen Rechner zu Hause. Irgendwann muss der ersetzt werden. Wohin mit dem Schrott? Viele Computerreste werden nach Afrika verschifft und landen auf offenen Müllhalden. In Elektronik sind oft Seltene Erden verarbeitet, aber auch giftige Substanzen, die sich direkt auf die Umwelt vor Ort auswirken. Zu beantwortende Frage: Recycling? Auf der anderen Seite die Software. Sie verbraucht in der Summe gigantische Mengen an Strom. Frage: Energieeffizienz?

Alligator: Hat die digitale Technik nicht auch Vorteile? Denken wir zum Beispiel an den verringerten Papierverbrauch.

Michael: Natürlich wird dadurch Papier gespart. Die Rechnung ist aber größer. Wir müssen bedenken, was beim Papier an Energie und Ressourcen benötigt wird. Ebenso muss man aber die gleiche Rechnung bei der Technik aufmachen. Und am Ende muss man gegenüberstellen, ob man mehr E-Mails schreibt, als man Briefe schreiben würde, hätten wir die Technik nicht. Diese Berechnungen sind komplex. Ich würde mir wünschen, dass man in der Bundeskontaktstelle an einer Broschüre arbeitet, die sol-

che Berechnungen macht und Vergleiche darstellt.

Alligator: Das Internet bietet auf jeden Fall Chancen für eine schnellere und einfachere Kommunikation. Was sind weitere Vorteile und gibt es auch Risiken im Netz?

Michael: Das Internet der Zukunft wird das Internet der Gemeinschaft sein. Man tauscht sich aus. Was macht Gruppe A für ein Projekt und was kann Gruppe B daraus nutzen, lernen oder dafür unterstützen? Netzwerken ist das Stichwort. Mit dem Internet haben wir ein Medium, das aus vielen lokalen wichtigen Projekten ein globale Masse machen kann zu einem flächendeckenden Umweltschutz. Ein Risiko ist die Unübersichtlichkeit. Es müssen Formen gefunden werden, wie man damit umgehen kann, damit die Masse nicht das Problem des Einzelnen wird.

Alligator: Wie hat sich, deiner Ansicht nach, die Öffentlichkeitsarbeit von Umweltverbänden verändert? Sind junge Leute nur noch digital zu erreichen?

Michael: Die Öffentlichkeitsarbeit hat sich kaum gewandelt. Die Gesellschaft aber schon. Junge Menschen sind hauptsächlich digital zu erreichen. Man kommuniziert online: Smartphone, Rechner und Laptop. Und am wichtigsten ist: Austausch. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, sich aktiv einzubringen. Wir brauchen die Generation Facebook genauso wie die Generation Demoschildermalen.

Alligator: Muss gerade ein Netzwerk wie die GRÜNE LIGA auch in den zahlreichen Foren, sozialen Netzwerken und Modeerscheinungen wie Twitter aktiv werden, um weiterhin präsent zu sein?

Michael: Ja, daran führt kein Weg vorbei, wenn wir mit den Menschen in Austausch kommen wollen. Das Netz existiert nicht mehr rein für sich, es strahlt in die reale Welt aus und umgekehrt. Wir sollten die Chance nutzen.

// Das Interview führte
Miriam Siemon

Antrag

an die Mitgliederversammlung des GRÜNE LIGA e.V. am 24. März 2012

zur Anerkennung der Bundeskontaktstelle INTERNET.welt



Foto: aufgenommen von Corinna Dumat, pixelio.de

Die nächste Mitgliederversammlung findet am 24. März 2012 statt. Die Tagesordnung findet sich im letzten Alligator (Ausgabe Dezember 11 / Januar 12). Der Satzungsentwurf steht auf der Homepage der GRÜNEN LIGA www.grueneliga.de unter dem Menüpunkt GRÜNE LIGA und wurde zudem per Post an alle Mitglieder des Bundesverbandes verschickt. Circa eine Woche vor der Mitgliederversammlung wird allen angemeldeten Teilnehmern ein Teilnehmerheft mit allen Informationen zugesendet.

Hiermit bitten wir die Mitgliederversammlung des GRÜNE LIGA e.V. um die Anerkennung einer Bundeskontaktstelle „INTERNET.welt“ im Rahmen des GRÜNE LIGA e.V.

Unterzeichner:

Michael Krieger, Dr. Torsten Ehrke, Katrin Kusche, Miriam Siemon, Ariane Steins-Meier

Begründung:

Die GRÜNE LIGA muss sich in ihrer Arbeit auch neuen Themen und Fragestellungen öffnen, wie das Halbjahrestreffen 2011 gezeigt hat. Hierzu zählen unseres Erachtens auch Fragen des Zusammenhangs von Umweltschutz und der digitalen Welt.

Inhaltliche Ausrichtung

Wir sehen vor allem vier Themenschwerpunkte im Zusammenhang mit dem Lebenszyklus digitaler Produkte:

1. Soziale Gerechtigkeit,
2. Materialeinsatz,
3. Energieeffizienz und
4. Recycling.

Zu 1.)

Für uns ist wichtig, die Thematik „digitale Welt“ nicht nur als umweltpolitisches, sondern auch als sozialpolitisches Thema zu bearbeiten. Wer hat Zugang zur digitalen Welt und wer wird davon ausgeschlossen (sozialer Ausschluss, Menschen mit Behinderung, usw.)? Werden für die „digitale Welt“ Menschen ausgebeutet (Stichwort „Bluthandys“)?

Zu 2.)

Hier geht es uns vor allem um die Fragen der Ressourcenverwendung und welche umweltpolitischen Implikationen das hat. Welche Materialien werden verwendet und woher stammen sie (Seltene Erden, knappe Ressourcen usw.)? Wie umweltfreundlich ist das eingesetzte Material und deren Gewinnung und Herstellung (Produktionsmethoden)?

Zu 3.)

Bei aller Euphorie über die zunehmende Digitalisierung unserer Lebenswelten wird oft übersehen, dass hier ein erheblicher Energieverbrauch stattfindet. Wie gelingt es uns die Energieeffizienz herzustellen (z.B. die anfallende Abwärme bei Serversystemen zur weiteren Energiegewinnung zu nutzen – Kraft-Wärme-Koppelung)? Führt die zunehmende Digitalisierung zu einer Ressourcenschonung an andere Stelle (Papier)?

Zu 4.)

Auch die Lebenszeit digitaler Geräte ist endlich, sie veralten schnell. Wie werden sie entsorgt bzw. wieder verarbeitet und wo verbleiben umweltbelastende Materialien (Quecksilber in Röhrenbildschirmen)? Wie viele Geräte werden umweltgerecht entsorgt? Brauchen wir bessere Anreize zur Rückgabe alter Geräte?

Mögliche Vorhaben im ersten Jahr

Diskussionspapier

Stand der Debatte, Forschung und Projekte zu den oben genannten Fragestellungen und Identifizierung von uns zu bearbeitenden Anschlusspunkten.

Stellungnahmen

Erarbeitung von Stellungnahmen für die GRÜNE LIGA zu allen politischen Fragen in Zusammenhang mit Internet, digitale Welt, Digitalisierung usw.

Internetangebot

In der Zusammenarbeit mit der Bundesgeschäftsstelle wollen wir ein Internetangebot zur Information und Kommunikation entwickeln.

Veranstaltung

Nach Fertigstellung des Überblickspapiers wollen wir zu diesem eine Diskussionsveranstaltung in Zusammenarbeit mit einem geeigneten Kooperationspartner durchführen.

Organisationsstruktur und Ansprechpartner

Die Arbeit soll überwiegend digital erfolgen, um damit allen Mitgliedern und Landesverbänden die Möglichkeit zu geben bei der Bundeskontaktstelle mitzuwirken oder diese zu kontaktieren. Wenn erforderlich kann auch eine interne Diskussionsveranstaltung stattfinden.

Ansprechpartner der Bundeskontaktstelle INTERNET.welt ist:

Michael Krieger
internet.welt@grueneliga.de
0170 906 45 89

Zu viel Kohle?

Umweltverbände klagen gegen Europas größtes Steinkohlekraftwerk an der Elbe

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschlands (BUND) reichen Klage gegen Emissionsgenehmigung für den Steinkohle-Doppelblock der kommunalen Beteiligungsgesellschaft SüdWestStrom in Brunsbüttel ein. Die Genehmigung verstößt gegen europäische und nationale Umwelt- und Gesundheitsschutzvorgaben. Die Verbände wollen das unzeitgemäße Großprojekt stoppen, „bevor es richtig teuer wird“.

Die Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH) und der Landesverband Schleswig-Holstein des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) haben heute beim Oberverwaltungsgericht Schleswig-Holstein Klage gegen den Genehmigungsbescheid für das geplante Kohlekraft in Brunsbüttel eingereicht. Mit der Klage greifen die Umweltorganisationen die immissionschutzrechtliche Grundlage für Europas größtes Steinkohlekraftwerk (1.820 MW) der kommunalen Beteiligungsgesellschaft SüdWestStrom (SW-S) an.

„Neue Steinkohleblöcke belasten nicht nur die Anwohner, das Klima und die Natur über 40 oder 50 Jahre. Sie können angesichts des rasanten

Ausbaus der Erneuerbaren Energien und der deshalb schrumpfenden Auslastung konventioneller Kraftwerke auch nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden“, so DUH-Bundesgeschäftsführer Rainer Baake. Er erinnerte daran, dass auch die Bundesnetzagentur inzwischen damit rechnet, dass der Anteil der Erneuerbaren Energien in den nächsten 10 Jahren auf 40 bis 50 Prozent steigen wird. Diese hätten „Vorfahrt“ in den Netzen. Investitionen in neue Steinkohlekraftwerke seien auch nach Einschätzung der Netzagentur heute nicht mehr attraktiv.

Baake forderte SüdWestStrom auf, die Kraftwerkspläne endgültig aufzugeben „bevor es für die beteiligten Stadtwerke richtig teuer wird“. Erst kürzlich hatte Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer (Bündnis90/Die Grünen), der das Vorhaben lange Zeit befürwortete, das faktische Aus für das umstrittene Großprojekt verkündet. „Wer heute noch Milliarden in konventionelle Kohlekraftwerke an der Nordseeküste investiert, hat nicht verstanden, was die Energiewende bedeutet“, kritisiert Baake. Neben vorrangigen Investitionen in Energieeinsparung und Effizienzsteigerung brauche Deutschland als Ergänzung zur fluktuierenden

Einspeisung von Wind- und Sonnenenergie zusätzliche, leicht regelbare Gaskraftwerke. Darüber hinaus müsse die Kapazität von Pumpspeicherkraftwerken ausgebaut, neue Konzepte zur Stromspeicherung beschleunigt entwickelt, sowie die Realisierung regionaler Energiekonzepte und eine Glättung der Verbrauchsspitzen auf Seiten der Stromabnehmer technologisch vorangetrieben werden.

Die Verbandsklage stützt sich auf ein ganzes Bündel von Fehlern und Mängeln in der Ende Februar erlassenen immissionschutzrechtlichen Teilgenehmigung des Landesamtes für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Schleswig-Holstein. BUND-Geschäftsführer Hans-Jörg Lüth nannte die Teilgenehmigung „in mehreren Punkten rechtsfehlerhaft“, weshalb die Klage gute Erfolgsaussichten habe. So verstießen die mit der Inbetriebnahme der beiden Kohleblöcke verbundenen zusätzlichen Emissionen von Quecksilber in die Atmosphäre und in die Elbe gegen europäisches Recht. Die neue Oberflächengewässerverordnung gibt strenge Quecksilbergrenzwerte für Fische, Muscheln und andere Wasserlebewesen vor, die in der Elbe bereits heute um ein Vielfaches überschritten werden. Die Ver-



Foto: Kohlekraftwerk, aufgenommen von Rike, pixelio.de

bände hatten schon im Juni 2010 in einem umfangreichen Rechtsgutachten nachgewiesen, dass die Grenzwerte zwingend einzuhalten seien und insbesondere kein zusätzliches Quecksilber in die Elbe eingetragen werden dürfe. Der Kraftwerksbetrieb würde außerdem zu Belastungen mit weiteren giftigen Schwermetallen wie Arsen, Cadmium und Blei, sowie zur Überschreitung von Lärm- und Feinstaub-Grenzwerten führen und so die Gesundheit von Anwohnern gefährden.

Naturschutzrechtlich besonders relevant sind nach Überzeugung der Kläger die Auswirkungen auf eine seltene Fischart, den Schnäpel (*Coregonus oxyrhynchus*). DUH und BUND haben gemeinsam mit Elbfischern nachgewiesen, dass sich dieser Fisch in der Elbe wieder angesiedelt hat, nachdem er lange Zeit in Deutschland als ausgestorben galt. Die Landesbehörden haben mittlerweile eingestanden, dass sie dies nicht widerlegen können. Der Schnäpel ist in die höchste europarechtliche Schutzkategorie (prioritäre

Art nach der FFH-Richtlinie) eingestuft. Schon eine mögliche Beeinträchtigung dieser Fischart steht demnach der Genehmigungsfähigkeit des Kraftwerks entgegen.

Darüber hinaus würden die mit dem Kraftwerksbetrieb unvermeidlich erhöhten Stickstoffbelastungen in benachbarten FFH-Gebieten nach Überzeugung von DUH und BUND empfindliche Pflanzengesellschaften, die unter dem Schutz des EU-Naturschutzrechts stehen, zerstören. Auch seltene Zugvögel und Fledermäuse würden durch den Bau des Kraftwerks beeinträchtigt. Die vielfältigen negativen Rückwirkungen auf Flora und Fauna machten den Kraftwerksbau von vornherein rechtlich unzulässig, erklärten DUH und BUND.

„Die Genehmigungsbehörden in Schleswig-Holstein wollen offensichtlich noch vor den Landtagswahlen Fakten schaffen und laufen sehenden Auges in ein Datteln II“, sagt Lüth, mit Blick auf das 2009 gerichtlich gestopp-

te KohlegröÙkraftwerk in Nordrhein-Westfalen. „Wer heute noch KohlegröÙkraftwerke plant, die unsere Umwelt und die Gesundheit über ein halbes Jahrhundert mit Millionen Tonnen Kohlendioxid und einem Cocktail anderer Schad- und Giftstoffe schädigen, handelt unverantwortlich und wird auf den entschiedenen Widerstand von Anwohnern und Klimaschützern stoßen“.

In dem Klageverfahren werden DUH und BUND von dem Berliner Fachanwalt Peter Kremer vertreten, der bereits die Normenkontrollklage gegen den Bebauungsplan der Stadt Brunsbüttel für das Kraftwerk führt und das benachbarte Kraftwerksprojekt von GDF SUEZ Ende 2010 zu Fall brachte. Mit einer Entscheidung des Gerichts wird frühestens in einem Jahr gerechnet.

// Redaktion

Miriam Siemon

Trend zum Fahrrad bleibt stabil

ADFC stellt Fahrrad-Monitor 2011 vor

Im Dezember 2011 stellte der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club den Fahrrad-Monitor Deutschland 2011 vor. Die bundesweite Studie befasst sich mit allen möglichen Fragen rund um das Thema Fahrrad in Deutschland. Wichtige Bereiche sind beispielsweise die Nutzung des Fahrrads, die Sicherheit der Radfahrer, die Kombination mit öffentlichen Verkehrsmitteln und der Kauf des eigenen Fahrrads.

Der in Zusammenarbeit von ADFC und Meinungsforschungsinstitut SINUS entstandene und vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung geförderte Fahrrad-Monitor erscheint zum zweiten Mal. Bereits 2009 wurde die erste Ausgabe veröffentlicht. Die Befragung fand online mit 2.000 Personen zwischen 14 und 69 Jahren statt.

Nach einer kurzen Einleitung von Sabine Kluth, stellvertretende ADFC-Bundesvorsitzende, präsentierte Manfred Tautscher, Geschäftsführer des SINUS-Instituts, den Fahrrad-Monitor 2011. Interessante Ergebnisse finden sich in folgenden Bereichen:

Fahrradnutzung: Ein großer Teil der Deutschen (41 Prozent) fährt mehrmals pro Woche, 15 Prozent sogar täglich und nur 16 Prozent fahren nie mit dem Rad. Dabei fällt auf, dass in Städten mit 5.000 bis 500.000 Einwohnern die häufige Radnutzung am stärksten ist, in Kleinstädten bis 5.000 und Metropolen über einer halben Millionen Einwohnern allerdings geringer ausfällt. Im Schnitt gibt es zwar 2,5 Fahrräder pro Haushalt, jedoch hat die Freude am Radfahren nicht zugenommen, bei der Belieb-

heit der Verkehrsmittel liegt das Auto mit 66 Prozent deutlich vor dem Rad mit nur 31 Prozent. Am häufigsten wird das Rad zum Einkaufen, für Ausflüge und zum Treffen mit Freunden genutzt. Hier gibt es auch kaum Unterschiede zu den Ergebnissen von 2009, allerdings ist die Nutzung des Rads als Sportgerät von 42 auf 30 Prozent gesunken, dafür fahren mehr Leute mit dem Fahrrad zur Arbeit (28 statt 18 Prozent).

Sicherheit: Gut die Hälfte der Radfahrer (52 Prozent) fühlt sich insgesamt eher sicher, das bedeutet aber auch, dass die andere Hälfte unsicher ist. Obwohl laut Tautscher die Unfallstatistik seit 2009 nicht wesentlich gestiegen sein kann, ist das subjektive Sicherheitsgefühl gesunken. Um dem entgegenzuwirken, wünschen

sich die meisten Radfahrer mehr Unterstützung von der Politik. Ganz oben auf der Wunschliste stehen mit 65 Prozent neue Radwege, dahinter folgen Kampagnen für ein besseres Miteinander zwischen Verkehrsteilnehmern sowie eine Verbesserung des Belags und der Beleuchtung der Radwege.

Kombination mit öffentlichen Verkehrsmitteln: Prinzipiell sei die Möglichkeit, Fahrräder mit in die meisten öffentlichen Verkehrsmittel zu nehmen, gut, jedoch wurde angemerkt, dass dies zu manchen Zeiten, wie in der Rushhour kaum realisierbar sei. Am wichtigsten sind den Meisten gute Fahrradstellplätze, um mehr oder überhaupt mit dem Rad zur Arbeit, Schule oder Ausbildungsplatz zu fahren. Das bedeute, dass an Knoten- und Umsteigepunkten mehr Abstellmöglichkeiten vorhanden sein müssten.

Fahrradmarkt: 29 Prozent der Befragten gaben an, sich in den nächsten zwölf Monaten eventuell ein Fahrrad zu kaufen, davon tendieren 75 Prozent zu einem neuen Modell, nur 14 Prozent bevorzugen ein Gebrauchtes. Durchschnittlich sind die Deutschen bereit, 620 Euro dafür auszugeben. Im Vergleich zu 2009 erwägen mehr Menschen einen Fahrradkauf, wobei gebrauchte Modelle weniger gefragt sind und der Durchschnittspreis von 570 auf 620 Euro geklettert ist. Man kann also behaupten, die Wertschätzung des Fahrrads ist gestiegen. Auffällig ist jedoch, dass es nach wie vor bei Fahrrädern, im Gegensatz zu Au-



Foto: Nach der Präsentation des Fahrrad-Monitors 2011 im Haus des Lehrers in Berlin, aufgenommen von Miriam Siemon

tos, kaum ein Markenbewusstsein gibt. Für Tautscher ist die bemerkenswerteste Entwicklung zu 2009 die gestiegene Beliebtheit der Elektrofahrräder. 47 Prozent interessieren sich für die E-Bikes, 2009 waren es nur 24 Prozent, wobei das Interesse bei Männern stärker als bei Frauen und vor allem bei älteren Leuten präsent ist.

Als Fazit ist festzuhalten, dass die Fahrradnutzung zwar stabil ist, allerdings keinen positiven Trend verzeichnet. Da wir hinter Holland die zweitgrößte europäische Fahrradnation sind, könne der Slogan von 2009 „Fahrradland Deutschland“ weiterhin bestehen, betonte Tautscher.

In der anschließende Diskussion mit den schon bekannten Gesichtern Sabi-

ne Kluths und Manfred Tautschers sowie Albert Herresthal, geschäftsführender Vorstand vom Verbund Service & Fahrrad e.V. und drei Alltagsradfahrern aus Berlin und Potsdam wurden Meinungen über den Fahrradmarkt, die Sicherheit und mögliche Verbesserungen der Infrastruktur für Radfahrer in Berlin und Umgebung, sowie über den neuen Trend hin zu E-Bikes, ausgetauscht. Abschließend betonte Axel Dörrie aus dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung noch einmal, wie wichtig Studien wie der Fahrrad-Monitor als Grundlagen für den neuen Nationalen Radverkehrsplan 2013 seien.

// Miriam Siemon

Bundeskontaktstelle Verkehr und Siedlungsentwicklung

Seit vielen Jahren ist Fritjof Mothes Leiter und Protagonist der Bundeskontaktstelle Verkehr und Siedlungsentwicklung der GRÜNEN LIGA e.V. Nun möchte er sein „Amt“ und die Verantwortung gern in andere Hände legen. Interessenten wenden sich bitte an die Bundeskontaktstelle Verkehr oder auch an die Bundesgeschäftsstelle. Kontaktdaten sind auf Seite 20 zu finden.

// Katrin Kusche

Fachtagung zur Verwertung von Mahdgut

Am 30. März veranstaltet die GRÜNE LIGA Thüringen eine Fachtagung zur stofflichen Verwertung und energetischen

Nutzung von Mahdgut aus einer naturschutzorientierten Landschaftspflege. Beginn ist um 9:30 Uhr im Schloß Apolda. Nach der Begrüßung führen einige Vorträge in das Thema ein. Referenten sind unter anderem Dr. H. Hochberg, Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft und H. Altreut her, BUND Kreisgruppe Ansbach. Auf die Diskussion zum Inhalt der Vorträge folgt eine Exkursion zum ABW Apoldaer Biomassewerk UG. Geplant ist außerdem eine Technikschaue mit Mini-Ballenpresse, Zweiachsschlepper, Kleinfeuerungsanlagen, Obstauflesemaschinen und Kleinstpyrolyseanlagen. Die Tagungsgebühr beträgt 20,00 Euro, darin sind Materialien und biologische Verpflegung enthalten. Anmeldung unter thueringen@grueneliga.de oder 03643 49 27 96. Gefördert wird die Veranstaltung vom Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz des Freistaates Thüringen und der David-Stiftung des BUND Thüringen.

// Miriam Siemon

Bündnis „Bahn für Alle“

Stuttgart 21 ist widerrechtlicher Abbau von Schieneninfrastruktur

„4 x 8 = 49“ / Sonderzeitung vom Bündnis „Bahn für Alle“ dokumentiert systematische Manipulation beim Stresstest

Die GRÜNE LIGA e.V. ist seit Februar 2011 Träger des Bündnisses „Bahn für Alle“

Symbolträchtig in der zum Abriss freigegebenen ehemaligen Bahndirektion vis a vis vom Stuttgarter Kopfbahnhof präsentierte das Bündnis „Bahn für Alle“ Ende Dezember 2011 auf einer Pressekonferenz Belege, nach denen mit dem Abriss des Kopfbahnhofes und dem Bau des Tiefbahnhofs Stuttgart 21 vorhandene Bahnhofskapazitäten abgebaut werden. Zentral dafür sind grobe Dissonanzen zwischen Behauptungen der Bahn beim sogenannten Stresstest im Juli 2011 und ihrer eigenen Datendokumentation. Der Analyst Dr. Christoph Engelhardt, der als Experte am Stresstest teilnahm, legte auf der Pressekonferenz stellvertretend für das Team von WikiReal detailliert dar, dass Datenmaterial und Ergebnisse der DB AG eklatant auseinanderklaffen. „Bei Stuttgart 21 etabliert sich ein Orwell'sches Zwiendenken, bei dem 2+2=5 ergibt, wenn die Partei das sagt“, so Engelhardt. „Recht und Gesetz kann man brechen, wenn man sicherstellt, später nicht verfolgt zu werden. Beim Bruch von mathematischen und physikalischen Gesetzen wird uns aber die Realität einholen.“

Beim Stresstest seien die Prämissen an dem erforderlichen Ergebnis einer Kapazität von 49 Zügen in einer Stunde ausgerichtet worden. So habe am Ende die Gleichung „4 x 8 = 49“ gestanden: Nach allen Regeln der Eisenbahnbetriebstechnik und Auswertung der bahneigenen Dokumentation können in einer Stunde bis zu vier Züge auf einem Gleis abgefertigt werden. Der geplante Tiefbahnhof hat acht Gleise. „Doch weil der Stresstest eine Kapazität von 49 Zügen in der Spitzenstunde erforderte, um die Leistungssteigerung gegenüber dem bestehenden Kopfbahnhof nachzuweisen, ergeben in Stuttgart 4 x 8 nicht

32, sondern 49“, so Engelhardt. Selbst für Teilnehmer des Stresstests habe die Überprüfung der Datendokumentation „kriminalistische Kleinarbeit“ erfordert.

Ein solcher Rückbau von Schieneninfrastruktur muss nach § 11 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG) auf Bundesebene beantragt und genehmigt werden. Dies ist für Stuttgart 21 nicht geschehen. Auf eine diesbezügliche parlamentarische Anfrage antwortete das zuständige Bundesverkehrsministerium vor wenigen Tagen, dies könne gegebenenfalls kurz vor Inbetriebnahme des Tiefbahnhofs geschehen – also nachdem unumkehrbare Fakten geschaffen und viele Milliarden versenkt wurden.

„Der Baden-Württembergische Ministerpräsident Kretschmann muss jetzt von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch machen. Er hat mit seinem Amtseid verpflichtet, Schaden von den Bürgern abzuwenden. Der Abbau von Bahninfrastruktur im zentralen Bereich seines Bundeslandes, noch dazu zu einem horrenden Preis, ist ein massiver Schaden für die Bürgerinnen und Bürger“, sagt Winfried Wolf vom Bündnis Bahn für Alle.

Der Stuttgarter Schauspieler Walter Sittler forderte: „Man kann jetzt aufhören, bevor sich die Stadt Stuttgart, das Land Baden-Württemberg und die Region massiv verschulde, nur um ein Projekt zu finanzieren, dass viel Geld kostet, aber nie ein ordentlicher Bahnhof wird.“ Die Deutsche Bahn AG hat angekündigt, zu Jahresbeginn mit dem

Abriss des Südflügels und dem Fällen der Bäume im Schlosspark zu beginnen. Kei Andrews, Biologin und aktiv bei ROBIN WOOD Stuttgart, warnte vor einer Wiederholung der Ereignisse vom 30. September 2010. Damals wurde mit massiver Polizeigewalt die widerrechtliche Fällung einer über 200 Jahre alten Platane durchgesetzt. Das Vorgehen der DB AG wurde im Nachhinein mit einer lächerlichen Geldstrafe geahndet.

Die Sonderzeitung zu Stuttgart 21, herausgegeben vom Bündnis „Bahn für Alle“, erschien in der 1. Auflage am 30. Dezember 2011 als taz-Beilage. Die Zeitung ist als PDF unter dem Menüpunkt „Aktuelles“ unter www.grueneliga.de zu finden.

// Katrin Kusche



Projekt gegen Recht & Gesetz

S21 wird kleiner als bestehender Kopfbahnhof



Das Projekt Stuttgart 21 ist ein massives Versagen an Recht und Gesetz. Die Bahn behauptet, der neue Tiefbahnhof werde eine Kapazität von 49 Zügen in der Stunde bewerkstelligen können. In Wirklichkeit sind es nur 32 Züge. Die Manipulation der Zahlen ist ein Paradebeispiel für die systematische Verfälschung von Fakten durch die Bahn. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich gegen dieses Projekt wehren, bevor es zu spät ist.

Winter 2011/12
• 2011er Sonderzeitung
• 2011er Sonderzeitung
• 2011er Sonderzeitung
• 2011er Sonderzeitung
• 2011er Sonderzeitung

2. Auflage

Verantwortliche ohne Verantwortung?

Die Verantwortlichen für das Scheitern des Stresstests sind die Verantwortlichen für die Manipulation der Daten. Sie haben die Wahrheit verschwiegen und die Bürgerinnen und Bürger in die Irre geführt. Sie müssen für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen werden.

Bündnis „Bahn für Alle“

Ramsauer liebäugelt mit Bahnprivatisierung

Bündnis „Bahn für Alle“ kritisiert Renditeversprechen scharf

Während die Finanzkrise Europa beutelt, bietet Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) privaten Anlegern die Deutsche Bahn als Renditeschlager an. Im Interview mit der *Ostsee-Zeitung* sagt er in der heutigen Ausgabe: „Die deutsche Bahnwirtschaft ist im weltweiten Vergleich eine langfristig hochrentable Angelegenheit.“ Gleich zweimal lädt er private Investoren als „hochwillkommen“ herzlich ein, „etwa in den Fahrbetrieb der DB Mobility“ zu investieren.

Investoren erwarten Rendite, und die erwirtschaftet die DB AG in erster Linie aus öffentlichen Zuschüssen. Den höchsten Anteil an den ausgewiesenen Gewinnen der DB AG hat mit 33 Prozent die DB Regio, die zur von Ramsauer ins Spiel gebrachten DB Mobility gehört. Die DB Regio erzielt den überwiegenden Teil ihrer Einnahmen aus Regionalisierungsmitteln des Bundes für den Nahverkehr, also aus staatlichen Geldern. Zweitgrößter „Gewinnbringer“ ist die DB Netz mit 27 Prozent, die sich ebenfalls überwiegend aus staatlichen Geldern finanziert, den Bundeszuschüssen für Instandhaltung und Neubau von Stre-

cken. „Nimmt man nur die staatlichen Zuschüsse, die in DB Regio und DB Netz fließen, dann verwandelt sich der 2010er Jahresgewinn von 1,87 Milliarden Euro in einen Verlust von mehr als 6 Milliarden Euro“, rechnet Bernhard Knierim vom Bündnis „Bahn für Alle“ vor. „Ramsauers Vorschlag will nun diese scheinbaren Gewinne privatisieren, während die Kosten bei der Allgemeinheit bleiben.“

Ramsauer weist im Interview richtig darauf hin, dass die Vorbereitung auf den Börsengang unter anderem ursächlich für die desolaten Zustände bei der DB war, die wir heute sehen: massive Verspätungen, Zusammenbruch des Verkehrs bei widrigen Wetterbedingungen oder die Ausfälle bei der S-Bahn Berlin. Aber auch ein Investor, wie Ramsauer ihn hier ins Spiel bringt, hat Renditeerwartungen an die Bahn. Auch damit entsteht Druck, Kosten einzusparen, und das geht zu Lasten von Sicherheit und Zuverlässigkeit.

„Renditeversprechen verschärfen öffentliche Armut. Geld für notwendige Schieneninvestitionen ließe sich nachhaltiger durch eine Umverteilung der

Bundesmittel von der Straße zur Schiene finden“, sagt Monika Lege, Verkehrsreferentin der Umweltorganisation ROBIN WOOD. Erst im Dezember hatte Ramsauer den Entwurf des neuen Investitionsrahmenplans vorgestellt. Dieser sieht weiterhin mehr Geld für den Neubau von Bundesfernstraßen als von Schienenwegen vor.

Das Bündnis „Bahn für Alle“ fordert eine Bahn, die sich am Gemeinwohl anstatt am Profit orientiert und einen flächendeckenden, zuverlässigen und sicheren Bahnverkehr zu bezahlbaren Preisen sicherstellt. Voraussetzung dafür ist eine Bahn in öffentlicher Hand, die sich am Vorbild der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) orientiert, welche wesentlich bessere Leistungen bei geringeren öffentlichen Zuschüssen bieten.

// Katrin Kusche

„Bahn für Alle“ setzt sich ein für eine bessere Bahn in öffentlicher Hand. Im Bündnis sind die folgenden 18 Organisationen aus Globalisierungskritik, Umweltorganisationen, politischen Jugendverbänden und Gewerkschaften vertreten: Attac, autofrei leben!, Bahn von unten, BUND, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz BBU, Bürger-

bahn statt Börsenbahn, Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, Grüne Jugend, GRÜNE LIGA e.V., IG Metall, Jusos in der SPD, Linksjugend Solid, NaturFreunde Deutschlands, ROBIN WOOD, Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken, Umkehr, VCD Brandenburg und Ver.di.





Wir sind jung und brauchen die Welt

Oft wird die Meinung vertreten, Jugendliche von heute seien desinteressiert und abgestumpft, würden sich mehr für Computerspiele als für den Klimaschutz interessieren, und Protestfinde sowieso so gut wie keiner mehr statt. Dass dies nicht der Fall ist, sondern – im Gegenteil – die Klimabewegung der jungen Generation, erfolgreicher sei als alle vorherigen Protestbewegungen, erklärt Daniel Boese in seinem Buch „Wir sind jung und brauchen die Welt“.

Der Autor berichtet über Jugendkampagnen aus aller Welt und stellt Aktivisten aus den USA, Kanada, Afrika, Indien, China, Australien und Europa, die sich auf den Klimagipfeln etablierten und ihrer Bewegung Gehör verschafften, vor. Es wird deutlich, dass die internationale Protestbewegung ohne das Internet nicht in dieser Weise existieren könnte. Erst die Vernetzungsmöglichkeiten, die das Internet bietet, ermöglichen einen Informationsfluss und Austausch zwischen verschiedenen Kontinenten und Kulturen. Besonders interessant an diesem Buch ist dessen Aktualität. Alle wichtigen Ereignisse aus dem Jahr 2011, wie beispielsweise Fukushima, sowie die Reaktionen darauf, wurden miteinbezogen. Im Anhang des Buches befinden sich eine Klimaschutzchronik und die Liste der 50 wichtigsten Jugendkampagnen, damit Niemand den Überblick verliert.

// Miriam Siemon

Daniel Boese: „Wir sind jung und brauchen die Welt. Wie die Generation Facebook den Planeten rettet“, 253 Seiten, oekom Verlag, 14,95 Euro



Die Vogelwelt Mitteleuropas

Das Kompendium der Vögel Mitteleuropas wurde als Nachschlagewerk für Naturbeobachter, Feldornithologen, Vogel- und Naturschützer, aber auch für Fachbehörden und Fachverbände entwickelt und hat sich als solches bewährt. Jetzt hat der Aula-Verlag eine einbändige Sonderausgabe der 2. Auflage herausgebracht. Das fast 1500 Seiten starke Werk ist in zwei Hauptteile untergliedert: Nichtsperlingsvögel und Sperlingsvögel. Das Buch bietet einen ausführlichen Überblick über Biologie und Verbreitung, aber auch über Bestände, Gefährdung und Schutz unserer Vogelwelt. Außerdem beinhaltet es eine Übersicht zur Entwicklung und zu den Veränderungen der neuesten systematisch-taxonomischen Liste. Etwa 600 Artabhandlungen, davon fast 370 Nichtsingvogel- und etwa 230 Singvogelarten umfaßt das Kompendium. Zwei Beilageblätter erleichtern die Nutzung, eines informiert über Abkürzungen, das zweite führt nebeneinander die alte und die neue taxonomische Reihenfolge auf. Die Namenregister der beiden Buchteile wurden nach deutschen und wissenschaftlichen Namen getrennt. Sie beinhalten ausschließlich die Namen der Vogelarten mit ihrer Superspezies und höheren Taxa (mit ihren Synonymen und früher gebräuchlichen Namen), die in diesem Buch behandelt sind. Die vorliegende Sonderausgabe ist ein gelungener Informationsspeicher für all jene, die sich für die faszinierende Vogelwelt Mitteleuropas interessieren.

// Katrin Kusche

Hans-Günther Bauer/Einhard Bezzel/Wolfgang Fiedler (Hg.): „Das Kom-



pendium der Vögel Mitteleuropas“, AULA-Verlag, 1. Sonderausgabe der 2., völlig bearb. u. erw. Aufl. 2005, 2012, 1430 Seiten, 99.90 Euro

Rund um Berlin

Raus aus der Stadt und rein in die Natur! Dieser Reiseführer bringt jeden vor die Tür. Der Autor Wolfgang Kling hat das Umland von Berlin bereist und stellt die 77 – aus seiner Sicht – schönsten Orte vor.

Das Buch im handlichen Taschenformat bietet Ausflugstips zu 190 Sehenswürdigkeiten. Darunter 12 Wander- und Radtouren, Spaziergänge, Skaterstrecken, aber auch Bade- und Wassersportausflüge. Jedes Ausflugsziel ist mit der Bahn erreichbar. Die Anstrengungen der Touren werden mit zahlreichen Einkehrtipps belohnt.

Darüber hinaus bietet der Reiseführer viele praktische Informationen zu Öffnungszeiten, Preisen, Ermäßigungen, Verkehrsverbindungen und enthält auch einen kleinen Kartenatlas mit allen Bahnstrecken sowie Übersichten zu den Festen der Region. Beiträge unter Titeln wie „Fontanes Birnen-Ballade von 1889“, „In jedem Winkel – Schinkel“, „Der Rasselbock an der Müggelspree“ machen schon die Lektüre des Reiseführers zu einem kurzweiligen Erlebnis.

// Katrin Kusche

Wolfgang Kling: „77 schönste Orte Rund um Berlin“, 304 Seiten, Peter Meyer Verlag, 16 Euro

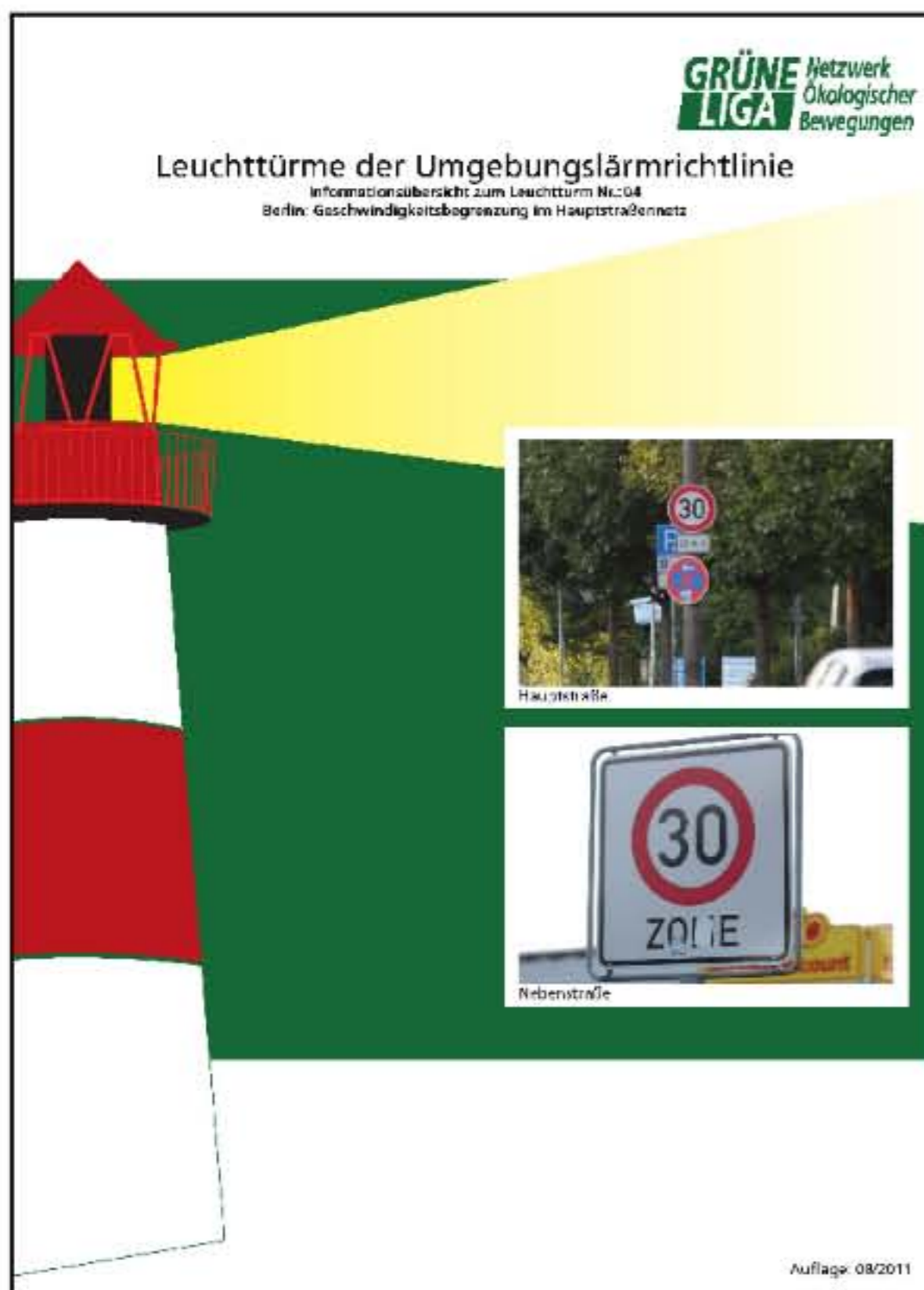
Leuchttürme der Umgebungslärmrichtlinie

Für die zweite Phase der Umgebungslärmrichtlinie hat die GRÜNE LIGA gute Beispiele zu verschiedenen Aspekten der Aktionsplanung, Verwaltung und Umsetzung zusammengetragen. Die Beispiele stehen ab sofort unter <http://www.uglr-info.de/leuchtturm.html> in Form jeweils vierseitiger Faltblätter zum Herunterladen zur Verfügung. Die DIN A4-Faltblätter können auch bei der Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN LIGA als Papierversion angefordert werden.

Die Leuchttürme wenden sich an alle Akteure der Umgebungslärmrichtlinie. Sowohl die Betroffenen können sich über mögliche Maßnahmen informieren als auch die Verwaltungen über bereits in der Praxis realisierte gute Beispiele.

Es lohnt sich, die Seite regelmäßig zu besuchen, da die Leuchttürme ergänzt werden.

//Marc Wiemers



Misteln in Friedrichshain-Kreuzberg

Dieter Jung, in der Vergangenheit schon bei mehreren Projekten der GRÜNEN LIGA tätig gewesen, leitet Exkursionen zum Thema Misteln in Friedrichshain-Kreuzberg. Unter anderem werden die Standorte, die Mistelblüte und sechs verschiedene Wirtsbaumarten thematisiert. Die Exkursionen starten an der Zossener Brücke und führt über die Brachvogelstraße, die Blücherstraße und den Mehringplatz zur Franz-Klühs-Straße. Eine Führung ist zwei Kilometer lang und dauert circa zwei Stunden. Der Teilnehmerbeitrag liegt bei einem Euro.

Termine:

11. März 2012, 10:00 - 12:00 Uhr

23. März 2012, 14:00 - 16:00 Uhr

Dieter Jung vermutet, dass sich die Mistelpopulation in Deutschland aufgrund der Klimaerwärmung vergrößert, da bei höheren Temperaturen die Fotosynthese intensiver abläuft. Die vergrößerte Mistelpopulation nimmt wiederum Einfluss auf die Gehölze, also die Wirtsbäume. Dies nahm er zum Anlass, einige Publikationen zu veröffentlichen, in denen er seine Untersuchungen zum Thema „Standorte von Mistel-Wirtsbäumen in Friedrichshain und Kreuzberg“ dokumentierte. Diese sind bei ihm erhältlich: ☎: 030 / 29 14 761

Termine

Workshop „Leuchttürme der Umgebungslärmrichtlinie“

21. Februar 2012, 10:00 bis 16:00 Uhr

Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin, siehe Seite 9

Mitgliederversammlung der GRÜNEN LIGA

24. März 2012, 10:00 bis 16:00 Uhr

Stimmkartenausgabe um 9:45 Uhr

Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin

Fachtagung zur stofflichen Verwertung und energetischen Nutzung von Mahdgut aus einer naturschutzorientierten Landschaftspflege

30. März 2012, 09:30 Uhr

Schloß Apolda

Markt

Über die GRÜNE LIGA Bundesgeschäftsstelle zu beziehen:

Positionspapier „Die ökonomischen Instrumente der Wasserrahmenrichtlinie als Chance für den Gewässerschutz“ 30 Seiten A4, auch auf Englisch erhältlich, Porto 2,50 Euro

Broschüre „Anleitung Lärmspaziergang“ 26 Seiten A5, VK 2,50 EUR zzgl. Porto

Umweltbibliotheken-Wegweiser (2. Auflage): VK: 6,54 EUR zzgl. Porto

Broschüre „Nachhaltige Regionalentwicklung“: VK: 10,12 EUR zzgl. Porto

Broschüre „Umweltschutz und Neue Medien“: VK: 3,35 EUR zzgl. Porto

Alligator (Filzpuppe), Wäschezeichen mit GRÜNE LIGA-Logo und Schriftzug www.grueneliga.de VK: 5,25 EUR zzgl. Porto

Aufkleber mit Schriftzügen „Bitte keine Werbung“, „Fahrräder stinken nicht!“, „Hanf freigeben!“, alle mit GRÜNE-LIGA-Logo und Schriftzug www.grueneliga.de, Aufkleber nur mit GRÜNE LIGA-Logo, VK: 0,50 EUR zzgl. Porto

Ringelblumensalbe, Johanniskrautsalbe, Beinwellsalbe, Dose mit GRÜNE-LIGA-Logo: VK: ja 3,25 EUR zzgl. Porto

Notizblock mit GRÜNE LIGA-Logo

Größe: ca. 8 x 14,8 cm, mit Magnetstreifen zum Anhängen, zum Beispiel am Kühlschrank.

VK: 2,00 EUR (1,80 EUR für GRÜNE-LIGA-Mitglieder ab fünf Stück) zzgl. Porto

Bundesverband

GRÜNE LIGA e.V.

Bundesgeschäftsstelle (BGSt)
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
☎: 030/2044745
☎: 030/2044468
✉: bundesverband@grueneliga.de
oeffentlichkeitsarbeit@.....
material@grueneliga.de
alligator@grueneliga.de

Bundeskontaktstellen/ Facharbeitskreise:

BKSt. Agro-Gentechnik
Torsten Kohl
c/o GRÜNE LIGA Dresden/
Oberes Elbtal e.V.
Schützengasse 16/18
01067 Dresden
☎: 0351/49 43 353 ☎: -400
✉: dresden@grueneliga.de

BKSt. Gesteinsabbau
Uli Wieland
Lutherstraße 63, 07743 Jena
☎: 01522/1960531
✉: gesteinsabbau@grueneliga.de

BKSt. Internationale Arbeit
Annette Baumann
Prenzlauer Allee 8
10405 Berlin
☎: 030/443391-70 ☎: -75
✉: gl.internat@grueneliga.de

BKSt. Luftverkehr
Frank Welskop
c/o GRÜNE LIGA Berlin e.V.

BKSt. Nach. Reg. Entwicklung
Tomas Brückmann
c/o ÖKOLÖWE (s.u. Sachsen)
✉: Tomas.Brueckmann@grueneliga.de

BKSt. Pflanzenöl
Michel Matke
c/o INOEL Pflanzenöltechnik
Bernhard-Göring-Straße 152
04277 Leipzig
☎: 0341/30654 20
☎: 0341/30654-21
✉: pflanzenoel@grueneliga.de

BKSt. Verkehr u. Siedlungsentwickl.
Fritjof Mothes
Hinrichsenstraße 3
04105 Leipzig
☎: 0341/2111800
✉: verkehr@grueneliga.de

BKSt. Wasser
Michael Bender
c/o Bundesgeschäftsstelle
✉: wasser@grueneliga.de
☎: 030/40 39 35 30

BKSt. Umweltbibliotheken
Katrin Kusche
c/o Bundesgeschäftsstelle

Facharbeitskreis Landwirtschaft
heute & morgen, Jens Heinze
c/o Umweltbildungshaus
Johannishöhe
✉: jens@johannishoehe.de

Facharbeitskreis Ökologischer
Landbau und Tourismus
Matthias Baerens, s. u. ECEAT
✉: baerens@baerfuss.de

Weitere Mitgliedsgruppen:

BI Kein Giftmüll nach Nessa
Uwe Claus
✉: kein-giftmuell-in-nessa@arcor.de

Bundesverband Pflanzenöle e.V.
Quenteler Straße 10, 34320 Söhrwald
13127 Berlin
☎: 05608/35 24
✉: info@bv-pflanzenoele.de

ECEAT Deutschland e.V.
Möwenburgstraße 33
19006 Schwerin

GRÜNE LIGA Dresden/
Oberes Elbtal e.V.
Schützengasse 16/18
01067 Dresden
☎: 0351/49 43 353 ☎: -400
✉: dresden@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Osterzgebirge e.V.
Große Wassergasse 9
01744 Dippoldiswalde
☎: 03504/618585
✉: osterzgebirge@grueneliga.de

Naturschutzstation Zippendorf e.V.
Am Strand 9, 19063 Schwerin
☎: 0385/2013052 ☎: -2075571
✉: Naturschutzstation.Zippendorf@t-online.de

Netzwerk der Initiativgruppen
Gesteinsabbau e.V.
Uli Wieland
Lutherstraße 63, 07743 Jena
☎: 01522/1960531
✉: gesteinsabbau@grueneliga.de

Umweltbildungshaus
Johannishöhe, 01737 Tharandt
☎: 035203/3 71 81
☎: 035203/3 79 36
✉: info@johannishoehe.de

Regionalverbände

GRÜNE LIGA Berlin e.V.

Landesgeschäftsstelle
Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin
☎: 030/443391-0 (Zentrale)
☎: 030/443391-33
✉: berlin@grueneliga.de

Grünes Haus für Hellersdorf
Boitzenburger Straße 52 - 54
12619 Berlin
☎: 030/56499892
☎: 030/56499950
✉: gruenes.haus@alice.de

ALLIGATOR, c/o GRÜNE LIGA e.V., Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
PVSt, Deutsche Post AG, „Entgelt bezahlt“ A14 600

Bezirksgruppe Weißensee/
BAUM, c/o Petra König
Aubertstraße 37
13127 Berlin
☎: 030/9253070
☎: 030/96793079
✉: koenig.petra@berlin.de

GRÜNE LIGA Brandenburg e.V.

Landesgeschäftsstelle/
Regionalbüro Potsdam
Haus der Natur, Lindenstraße 34
14467 Potsdam
☎: 0331/20 155 20 ☎: -22
✉: potsdam@grueneliga.de

Umweltgruppe Cottbus
Straße der Jugend 94
03046 Cottbus
☎: 0355/4837815
✉: umweltgruppe@web.de
✉: www.lausitzer-braunkohle.de

GRÜNE LIGA Meckl.-Vorp.

Landesgeschäftsstelle/
Regionalbüro Schwerin
Postfach 010243
19002 Schwerin
✉: mecklenburg-vorpommern@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Sachsen e.V.

Landesgeschäftsstelle
Schützengasse 18
01067 Dresden
☎: 0351/49 43 350 ☎: -450
✉: sachsen@grueneliga.de

Regionalbüro Leipzig
Ökolöwe-Umweltbund Leipzig e.V.
Bernhard-Göring-Straße 152
04277 Leipzig
☎: 0341/3 06 51 85 ☎: -79
✉: info@oekoloewe.de

Regionalbüro Oberlausitz
Czornebohstraße 82 -
Sternwarte, 02625 Bautzen
☎: 03591/605860
☎: 03591/607050
✉: oberlausitz@grueneliga.de

GRÜNE WELLE Umweltverein e.V.
Straße der Einheit 18
04769 Naundorf
☎: 03435/920089
☎: 03435/931751
✉: gruene.welle@grueneliga.de
✉: www.gruene-welle.org

GRÜNE LIGA Hirschstein e.V.
Neuhirschsteiner Straße 25
01594 Hirschstein
✉: hirschstein@grueneliga.de

Büro GRÜNE LIGA Westsachsen e.V.
Stiftstraße 11, 08056 Zwickau
☎: 0375/27119634
☎: 0375/27119635
✉: GL.Westsachsen@Arcor.de

Initiativgruppe Grüne Aktion
Westerzgebirge e.V.
PSF 1239, 08306 Eibenstock
☎: 037752/55952

GRÜNE LIGA Thüringen e.V.

Landesgeschäftsstelle/
Regionalbüro Weimar
Goetheplatz 9b, 99423 Weimar
☎: 03643/4 92 796
☎: 03643/49 27 97
✉: thuringen@grueneliga.de

Büro Arnstadt
IG Stadtökologie Arnstadt e.V.
An der Liebfrauenkirche 2
99310 Arnstadt
☎: 03628/640723
☎: 03628/746283
✉: arnstadt@grueneliga.de

Regionalbüro Eichsfeld
Kastanienhof, 37318 Marth
☎: 036081/6 06 15 ☎: -18
✉: region.eichsfeld@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Sachsen - FÖJ e.V.
Babelsplatz 3, 09599 Freiberg
☎: 03731/166497
✉: info@gruene-liga.de

Evangelisches Einkehrhaus Bischofrod
Hauptstraße 3
98553 Bischofrod
☎: 036873/20474
☎: 036873/ 20048

**Mehr unter:
www.grueneliga.de**